



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Weltwende**

**Stegemann, Hermann**

**Stuttgart, 1934**

Die Deutsche Revolution

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

glaubte der nationalen Revolution noch das Schrittmaß vorschreiben zu können, als sie schon zur nationalsozialistischen geworden war. Als er am 11. April die deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag um sich versammelte, bekannte er sich zu dieser nationalen Revolution, fügte aber ausdrücklich bei, daß alle Revolutionen Gefahr liefen, sich zu überschlagen und in geistiger und materieller Zerstörung zu enden. Er sei daher nicht willens, den ihm anvertrauten Platz zu räumen, denn die Mitwirkung der Deutschnationalen Partei bürge mit dafür, daß das, was man die Revolution nenne, wirklich die Auferstehung des deutschen Volkes werde. Das war eine charaktervolle Erklärung, aber sie entsprach weder den Machtverhältnissen noch wurde sie der Größe der im Nationalsozialismus wirkenden Vorstellung gerecht. Hugenberg konnte nicht mehr als Führer einer eigenen Partei auftreten und von ihr aus Politik machen, nachdem der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus Eingang in die Staatsführung gefunden hatte. Auch er mußte sich Hitler unterstellen oder zurücktreten. „Se soumettre ou se démettre“, es blieb ihm keine andere Wahl. Trotzdem hielt er unerschütterlich aus, und es wurde Juni, bis ihm die letzte Stunde schlug.

### Die Deutsche Revolution

Wir stehen vor einem Einschnitt der geschichtlichen Entwicklung, der eine neue Begriffsbestimmung dieser Revolution nötig macht. Eine höhere Schau fordert nun, da die nationale Erhebung sich noch einmal von der nationalsozialistischen abgrenzt, eine zusammenfassende Bezeichnung der gewaltigen Umwälzungen, die Deutschland im Jahre 1933 zu seinem neuen Gestaltwandel kommen ließen.

Es ist nicht schwierig, hierfür den richtigen Ausdruck zu finden. Wir bezeichnen sie einfach und schlecht hin als die Deutsche Revolution. Von dieser Bezeichnung wird das ganze Phänomen erfaßt und getragen, das uns als das hervorstechendste europäische Symptom einer neuen Weltwende so eifrig beschäftigt. Als Deutsche Revolution wird dieses Phänomen zu den großen Revolutionen der anderen Völker in unmittelbare Beziehung gesetzt und zugleich von der gesamteuropäischen Entwicklung abgehoben. Die Zukunft wird zu er-

weisen haben, ob diese deutsche Revolution, von der heute schon ganz Europa bewegt wird, auch als Weltbewegung in die Geschichte einget und der Weltwende ihr Siegel aufdrückt.

Das neue Lebensgefühl, das in der großen Bewegung pochte und durch sie auf das ganze Volk übertragen worden war, leuchtete aus dem Antlitz der deutschen Jugend und beschleunigte auch den Puls der älteren Generation. Noch standen Millionen von Arbeitslosen auf der Straße, aber der Glaube an die Zukunft des deutschen Volkes und das Vertrauen in die Entwicklung der Nation, diese Grundvoraussetzungen jeden Aufschwunges, waren zurückgekehrt. Sie äußerten sich nicht nur in einer überströmenden Festfreudigkeit, sondern auch in heroischen Anstrengungen, die Arbeitslosigkeit zunächst durch Arbeitsbeschaffung ganz großen Stils zu bekämpfen.

Da die Schrumpfung des Welthandels anhielt und die Völker sich noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen hatten, daß sie sich auf einen niedrigeren Lebensstand einrichten mußten, um eine Ruhelage zu finden, wurden alle Anstrengungen zur Einordnung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch den Reduktionsprozeß der Wirtschaft abgeschwächt. Es blieb also nichts übrig als die Volksgemeinschaft zum Kampf aufzurufen und von ihr Opfer zu verlangen, um einen Teil der Arbeitslosen in den Arbeitskreis einzufügen. Arbeitsbeschaffung durch den Staat und die öffentlichen Gewalten konnte zu der Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen, aber man mußte sich darüber klar sein, daß Staat und Gemeinden dadurch belastet wurden und alles auf eine vermehrte Inanspruchnahme der vorhandenen Mittel hinauskam. Der Nationalsozialismus hat kraft der ihm gegebenen Macht und des in ihm wirksamen und durch ihn entbundenen Idealismus die Opferbereitschaft nicht umsonst angerufen. Das deutsche Volk hat im ersten Jahre des Dritten Reiches freiwillig und mit Freuden unerhörte Opfer gebracht, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern und die Darbenden zu speisen.

In welchem Maße diese deutsche Revolution den deutschen Menschen ergriffen hat und mit welcher Zielbewußtheit sie schon im Frühling des Jahres 1933 die Marksteine setzte, geht aus der Maifeier hervor, deren Troßeinstellung zu dem marxistischen Welt-

feiertag diese deutsche Bewegung als eine große seelische Umkehr des deutschen Volkes und eine Abkehr von der materialistischen Grundeinstellung eines versinkenden Jahrhunderts erscheinen ließ.

\*

Eine strahlende Sonne überflutete die Reichshauptstadt Berlin, als der 1. Mai die Bevölkerung zum Fest der Arbeit rief. Der Tag legte diesmal Fabriken und Kontore nicht mehr zur Verherrlichung des international gerichteten Klassenkampfes still, sondern forderte das ganze Volk als Arbeitsgemeinschaft zu dieser Feier auf. Wenige Tage vorher hatte die Sozialdemokratische Partei sich noch einmal zur Fortführung des Kampfes gegen den Kapitalismus auf internationaler Grundlage bekannt und sich damit als Vorkämpfer einer Klasse in Erinnerung gerufen. Nun wurde ihr von der Regierung das Volk als Träger der nationalen Arbeit in seiner Gesamtheit entgegengestellt. Hitler hat ihr den proletarischen Feiertag weggenommen, um ihn als Volksfeiertag neu zu weihen. Von beiden Seiten war also eine neue Kriegserklärung ergangen.

Wieder war Berlin in ein Fahnenmeer getaucht, das die Symbole des alten und des neuen Reiches vereinigte. Dazwischen glänzte junges Maiengrün, das diesem Tage einen besonderen Reiz verlieh. Der Vormittag war der Jugend gewidmet. Im Lustgarten strömten die Kinder einer neuen Zeit zusammen, um von Hindenburg daran erinnert zu werden, daß auf ihren Schultern die Zukunft ruhe, die nun einen neuen Sinn für sie bekommen hatte. Man wird Adolf Hitlers Aufstieg zur Macht nie ganz verstehen, wenn man den Zauber nicht gelten läßt, den dieser beflügelte, ganz aus der Eingebung schaffende jugendnahe Mensch auf die Kinder und die heranwachsenden Geschlechter ausgeübt hat. Er hat ihnen wiedergegeben, was unter der Vergreiftheit dieses von aller Jugendlichkeit verlassenen Nachkriegs-Deutschland so bitter gefehlt hatte: die Spielfreude, die Abenteuerlust, die Augenweide und die Sehnsucht, und hat ihrer Begeisterungsfähigkeit zugleich Vorbild und Sinnbild geliefert. Wo die Fähnchen der Hitlerjugend flatterten und Knaben und Mädchen mit

eiferroten Wangen, ganz von der Bedeutung ihres Tuns erfüllt, die Pflege der Gemeinschaft als vaterländische Pflicht mit Sing und Sang und Pfeifenklang betrieben, da war das Leben wie verzaubert und dennoch faßbare, auskostbare Wirklichkeit. Dieser Zauber hat die deutsche Jugend in Hitlers Lager gelockt. Die Jugendlichkeit der Bewegung und ihrer Träger hat die Kinder an sich gezogen. Sie waren noch Kinder, aber sie bekamen ihren Platz und ihre Aufgabe wie Große zugewiesen. Auch sie fühlten sich bewußtermaßen als Träger der Zukunft der Nation. Sie sahen sich nicht anders eingeschätzt als die völlig Erwachsenen, die nur eine höhere Stufe erklimmen hatten und der Übernahme der Verantwortung für diese Zukunft nur näher standen, aber nicht mehr durch einen Abgrund von ihnen getrennt waren. Auch hierin äußerte sich ein Stück Volksverbundenheit, das dem Ganzen dienen konnte. Das hat Hitler empfunden und zugleich erkannt und sich daraus eine Waffe gemacht. Er nahm, nach seinen eigensten Worten, die er auch in diesem Falle gewollt hat, fast brutal hinsetzte, den anderen die Jugend einfach weg, und er bekam diese Jugend, weil er sie verstand. Zweiundzwanzig brave Hitlerjungen sind für das neue Deutschland gefallen.

Als an diesem Maifeiertag, den Goebbels meisterlich vorbereitet hatte, die Festzüge in unabsehbaren Kolonnen ausrückten, um die „Festwiese“ des Tempelhofer Feldes zu füllen, hatte die Jugend ihre Feier schon hinter sich. Nun trugen die sozialen Organisationen, die der Nationalsozialismus geschaffen hatte, die Fahnen voran. Nach Betriebszellen gegliedert und von braunen und grauen Bataillonen eingerahmt, marschierte das arbeitende Volk unter alten Zunftzeichen und neuen Hakenkreuzfahnen durch die Straßen Berlins. Weit über eine Million Menschen traten auf dem alten Paradesfeld der preussischen Könige zusammen, um sich mit der Deutschen Revolution solidarisch zu erklären. Als der Volkskanzler die Reichskanzlei verließ, umbrauste ihn der Zuruf der Hunderttausende, reckten sich ungezählte Arme zum Gruß.

Die Ansprache Hitlers war ganz auf die Bedeutung des Tages gestimmt und auf die Seelenlage der Zuhörer berechnet. Er rief zum Glauben an die eigene Kraft auf und forderte die Volksverbundenheit auch für das Verhältnis von Volk und Regierung. Dann ent-

wickelte der Kanzler die Grundsätze der Neubegründeten Arbeitsdienstpflicht, die als großartiges Erziehungsmittel der Nation gedacht war. Jeder Deutsche müsse einmal zur Handarbeit geführt werden, um sie kennen und schätzen zu lernen und dadurch zur Volksverbundenheit einzugehen. Es dürfe kein Mißverstehen zwischen Hand- und Geistesarbeitern mehr geben, denn der Adel der Arbeit lasse sich nicht nach der Art der Arbeit abstufen. Von hier aus gesehen lägen Arbeitsbeschaffung und Organisation der Wirtschaft auf einer Ebene, und man bedürfe daher auch der Initiative aller, die daraus sich ergebenden Aufgaben zu lösen. Ergreifend wirkte das Lob der Arbeit, das der Kanzler eines Volkes sang, das wie kein anderes mit dem Fluche der Arbeitslosigkeit geschlagen war. Hitler faßte dieses Problem in einer großen Kadenz zusammen, indem er erklärte, eine Nation lebe nur durch die Arbeit aller, nicht durch die einer Regierung oder einer Klasse, und geleistete Arbeit solle der Maßstab des Wertes eines Bürgers sein. Dann nahm der Kanzler auf die in Genf tagende Abrüstungskonferenz Bezug, die soeben den Beschluß gefaßt hatte, einem Teil der deutschen Polizeikräfte militärischen Charakter zuzuerkennen, und erklärte, daß das deutsche Volk den Frieden wolle, aber auch sein Recht. Wenn die Welt gegen das deutsche Volk stehe, dann müsse es um so mehr zu einer Einheit werden. Niemals werde die Welt Deutschland zwingen können, das von ihr aufgerichtete Joch auf sich zu nehmen, nie den Ruf nach Gleichberechtigung im deutschen Volke zum Verstummen bringen.

Hitler schloß seine Ansprache mit einem feierlichen Anruf Gottes, indem er dessen Segen erbat für ein Deutschland, das wieder den Glauben an sich selbst gefunden habe und, wieder stark geworden an Geist und Willen, den Kampf um seine Freiheit in Ehren zu bestehen gedenke. Als er die erhobenen Arme sinken ließ, klang das Deutschlandlied, von einer Million Menschen gesungen, über das buntbewimpelte, allmählich sich verschattende Feld. Dann flammte ein Riesenfeuerwerk auf und schleuderte seine Lichtgarben in den Abendhimmel.

Die Ansprache des Reichskanzlers war eine Weiherede gewesen. Den Fanfarenklang brachten Goebbels und Göring hinein, der eine,

indem er feststellte, daß dieser Tag bestimmt sei, endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerschlagen und der Idee der Volksgemeinschaft die Bahn frei zu machen, der andere, indem er um Mitternacht die uniformierten Verbände im Lustgarten um sich versammelte und sie zum Kampf für diese Idee aufrief. Was das zu bedeuten hatte und was, wie immer, wenn die Bewegung sich in einer neuen Woge hob, so auch diesmal der tiefere Sinn dieses Maiafestes gewesen war, das erfuhr die Welt am Tage darauf, als die Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Partei in Berlin und ganz Deutschland zum Angriff antraten und sämtliche Gebäude der Freien Gewerkschaften besetzten und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Haft nahmen.

Die Revolution hatte den letzten großen und zugleich den entscheidenden Schlag gegen den Marxismus geführt. Er traf nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch alle nicht in der Bewegung stehenden Kreise und die Welt völlig überraschend. Niemand hatte ihn vorausgesehen, weil niemand die revolutionäre Kraft der Bewegung und die Entschlußfähigkeit Hitlers nach Gebühr einschätzte. Keinem war der Gedanke gekommen, daß das Fest der Arbeit Programmpunkte vorweggenommen hatte, die noch der Ausführung harren, und daß dieser Aufmarsch mehr war als ein festlicher Aufzug.

Die Maiafeier hatte eine neue Phase der Revolution eingeleitet und diese zugleich legitimiert.

\*

Adolf Hitler hatte am Fest als Kanzler gesprochen, nicht als Parteiführer. Er hatte nicht nur um der Entlastung willen wenige Tage vor der Feier die Parteiführung seinem Gefolgsmann Rudolf Heß als Stellvertreter übertragen, sondern dadurch auch größere Bewegungsfreiheit gewonnen. Auch das ist bei diesen Gewerkschaftsstürmen zum Ausdruck gekommen.

Die Durchführung der Aktion, die der Sozialdemokratie die materiellen Grundlagen ihrer brüchig gewordenen politischen Macht entzog, traf nirgends auf Widerstand. Die Besetzung der Gewerkschaftshochburgen verlief ohne Blutvergießen. Der Führer der

nationalsozialistischen Arbeitsfront, Dr. Ley, ließ ihr sofort eine Erklärung folgen, in der festgestellt wurde, daß die Rechte der Arbeiterschaft gewahrt und die Gewerkschaften nun im nationalsozialistischen Geiste umgestaltet würden, und fügte ausdrücklich bei, daß man von einer Besetzung der Sitze der christlichen Gewerkschaften abgesehen habe, weil man voraussetze, daß diese zur Selbstauflösung bereit seien. Der Schlag traf die dem Zentrum nahestehenden Organisationen also nur mit flacher Klinge. Aber es bestand kein Zweifel darüber, daß die Mahnung Leys einem Befehl gleichkam. Er fand auch sofort Gehorsam. Am 3. Mai erklärten der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsring deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände, daß sie sich der Führung bedingungslos unterstellten. Der Reichsstand des deutschen Handwerks, der Reichsverband der deutschen Industrie und der Reichsstand des deutschen Handels folgten ihnen auf dem Fuße. Das ganze arbeitende Deutschland trat unter das Hakenkreuz. Die „Eichschaltung“ wurde zur Norm.

Wenige Tage später wurde das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Zeitungen und des Reichsbanners mit Beschlag belegt, um die Rückzahlungen der von den freien Gewerkschaften und der Arbeiterbank an die Parteiinstanzen ausgegebenen Beträge sicherzustellen. Dieser Beschluß zerriß das Band, das die Gewerkschaften noch mit der Sozialdemokratie verknüpfte, und nahm dieser den Atem weg. Führerlos geworden und ihres letzten Haltes beraubt, verlor sie ihren Einfluß auf das Leben der Nation, das sie in der Nachkriegszeit zu ihrem eigenen Verderben beherrscht hatte. Ihre Machtstellung war einer Revolution zum Opfer gefallen, die sie selbst heraufbeschworen und deren völkischem Ideal sie nichts entgegenzusetzen hatte als die verbrauchte Ideologie des Klassenkampfes, die durch das Aufkommen des proletarisch gerichteten Kommunismus schon entwertet worden war. Nicht der Ablauf dieses Geschehens, sondern die stürmische Gewalt, mit der sich dieser Ablauf vollzog, ohne daß die Sozialdemokratie sich zu einer heroischen Haltung aufgerafft hätte, ließ die zuschauende Welt erstaunen und belehrte sie über die elementaren Kräfte, die im Nationalsozialismus wirksam waren.

Am 10. Mai erschien Adolf Hitler vor dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront, um der verkasteten Arbeiterschaft alten Stils ihren Platz im Neuaufbau eines ganzen Volkes und der von diesem Volke gebildeten Arbeitsgemeinschaft anzuweisen. Er gab noch einmal einen Abriss des Arbeiterproblems, wie es sich durch die Industrialisierung der Welt auf der Grundlage des Maschinenzeitalters und im Zusammengehen von wirtschaftlichem und politischem Liberalismus herausgebildet hatte, und machte noch einmal dem Marxismus den Prozeß, indem er ihn als die Weltanschauung der „Dekomposition“ bezeichnete, und forderte dann den deutschen Arbeiter für das deutsche Volk. Und er schloß mit dem Bekenntnis, es werde einst sein größter Stolz sein, dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft zu haben.

Hitler legte also den Nachdruck auf die nationale Komponente des Problems und schmolz die soziale in diese ein. Von ganz besonderem Reiz aber war sein Ausspruch: „Wir wollen dem Volke die Diktatur des Volkes in seiner Gesamtheit auferlegen.“

Hitler ist immer groß in der soziologischen Betrachtung des Staates. Sie liegt auch diesem Ausspruch zugrunde, der das Verhältnis zwischen Führerschaft und Masse neu zu fassen sucht und dieses wesenhafte Problem der Demokratie zum Kollektivbewußtsein der Masse in Beziehung setzt. Er will die Diktatur aus dem Volke heraus statuieren, nachdem sie sich im Führertum offenbart hat, und er kann das, da sich mehr als die Hälfte des Volkes autonom zu seiner Politik und zu seiner Person bekannt hatte, bevor noch die Diktatur Gestalt gewann. Im Grunde widerspricht dieser durch Plebiszit gesicherten Diktatur die Demokratie nur dann, wenn dem Volke die Verfügung über die von ihm auf den Führer übertragene Gewalt entzogen wird. Das ist der springende Punkt. Der Nationalsozialismus hat dem dahinterstehenden Konflikt die Spitze abgebrochen, indem er von vornherein auf die Geisteshaltung des Volkes zu wirken suchte und die Gleichschaltung als Voraussetzung der herzustellenden Einheit forderte. Der Totalitätsanspruch ist also im Wesen des Nationalsozialismus enthalten. Die Diktatur des Volkes in seiner Gesamtheit wird ja erst dann möglich, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist. Die Eroberung des Volkes geht also der Diktatur

des Volkes und der von diesem auf den Führer zurückübertragenen Diktatur voran. Das unterscheidet die völkische Diktatur scharf von dem aus der Armee aufsteigenden Cäsarismus.

\*

Als Hitler vor den Kongreß der Arbeitsfront trat, war die Volkseinheit noch nicht hergestellt und der Totalitätsanspruch der nationalsozialistischen Bewegung noch nicht erfüllt, aber alles deutete auf die Einleitung des Endkampfes auf parteipolitischem Gebiete hin. Die Deutsche Volkspartei stand als letzte Splitterpartei schon vor der Kapitulation, nur das Zentrum und die Deutschnationale Volkspartei sannern noch auf Selbstbehauptung.

Beide Parteien, sowohl die noch im Koalitionsverhältnis mit dem Nationalsozialismus stehende deutschnationale als auch das beiseite stehende Zentrum, haben in diesen Tagen noch eine Umbildung vorgenommen, um sich zum Endkampf zu stärken. Das Zentrum gab sich in Brüning den schon lange vorgemerkten, mit Jubel begrüßten „Führer“, und die Deutschnationalen ließen die Bezeichnung als Partei fallen und nannten sich, Hugenberg erneut Treue schwörend, die Deutschnationale Front. Das Zentrum, das seinen Parteicharakter als solchen nie so ernst genommen hatte wie die Verteidigung seiner Weltanschauung und die Vertretung der aus dieser fließenden staats- und kulturpolitischen Ansprüche, zielte mit der Erhebung Brünings auf eine Zusammenfassung aller im Volke noch zu ihm hinstrebenden Kräfte. Es fühlte sich weder entmannt noch geschlagen und konnte die Ereignisse ruhiger erwarten als die Deutschnationalen, die täglich Leute verloren und durch diese Umtaufe in extremis nichts gewannen. Eine Front setzt ja immer eine Gegenfront voraus. Wo diese in diesem Falle zu suchen war, ist schwer zu sagen. Das Aufsteigen des militärischen Akzents hat vielleicht sogar zur Beschleunigung des Endes beigetragen, das den Deutschnationalen mit jedem Tage näherrückte.

Doch noch war es nicht so weit, noch widerriet ernstere Sorge den Austrag dieses Kampfes. Unheimlich brüteten die Wetter in diesen heißen Frühlingstagen an Deutschlands Grenzen. Der ganze Hori-

zont war verfinstert und die außenpolitische Lage so gespannt, daß man von drohender Kriegsgefahr sprechen konnte, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen.

\*

Das deutsche Volk hat die furchtbare Drohung, die auf seinen Grenzen lastete, nicht in ihrer vollen Größe erkannt. Es war zu sehr von der eigenen Umwälzung in Anspruch genommen und zu sehr von sich erfüllt, um sich von den Veränderungen Rechenschaft zu geben, die in der Weltatmosphäre vor sich gegangen waren. Es wußte, daß Japan in der Mongolei einen Eroberungskrieg führte, ohne vom Völkerbund dafür gestraft zu werden, es hörte, daß der Japaner vor Tientsin lagerte und China gezwungen war, sich selbst zu verteidigen, aber es bedachte nicht, daß die Mächte, die solches geschehen ließen, mit der Erwägung umgehen könnten, Deutschland durch die Anrufung der berüchtigten Sanktionen an seine militärische Schwäche zu erinnern.

Nie stand Deutschland einsamer und von allen Sympathien verlassener als in diesen Tagen. Selbst Italien war verstummt. Die Emigranten, die zu vielen Tausenden in die umwohnenden Länder Eingang gefunden, hatten die deutsche Revolution in Farben gemalt, die das Bild dieser Revolution völlig entstellten. Sie erschien nicht nur Frankreich und seinen Verbündeten, sondern auch England als eine europäische Gefahr, und Deutschland selbst erschien ihnen als ein von kriegerischen Impulsen getriebenes Land. Die feste Haltung, die die deutsche Abordnung auf der Abrüstungskonferenz einnahm, wurde als Herausforderung empfunden und das Auftreten der Hitlerschen Hilfspolizei in Baden und im Rheinland zu militärischen Operationen gestempelt, die dem Friedensstatut widerstritten.

Weder die Judenfrage noch die Bekämpfung des Marxismus in beiderlei Gestalt hatten die Westmächte gegen Deutschland in Bewegung gebracht, so heftig die Welt auch von diesen gefühlsmäßig erfaßten Vorgängen ergriffen wurde. Nicht die Revolution als kulturelle und soziale Reaktion, sondern die Revolution als deut-

sche Erhebung brachte die Mächte in Wallung. Dadurch wurde in erster Linie die Abrüstungskonferenz getroffen. Da die allgemeine Abrüstung zum Kardinalproblem der internationalen Politik geworden war, mußte sich die Besorgnis, die der nationale Wiederaufstieg Deutschlands weckte, sofort auf die Stellungnahme der Mächte zur Abrüstung übertragen. Die daraus sich ergebende Versteifung der Verhandlungen war durch den Gang der Entwicklung vorausbestimmt worden. Das war in der fehlerhaften Inangriffnahme des ganzen Problems begründet. Man hatte es nie von Grund aus erfaßt, sondern stets obenhin behandelt. Man hatte 15 Monate in ermüdenden Verhandlungen hingebracht, aber sich stets im Kreise bewegt. Italienische, amerikanische, französische und englische Vorschläge hatten die Konferenz beschäftigt, technische Einzelheiten sonder Zahl die Sachverständigen in Atem gehalten, aber das politische Kardinalproblem, das sich in der zum Grundgesetz Europas erhobenen einseitigen Entwaffnung der im Weltkrieg unterlegenen und der ebenso einseitigen Bewaffnung der aus dem Weltkrieg siegreich hervorgegangenen Mächte spiegelte, war nicht vom Fleck bewegt worden.

Europa war immer noch auf eine grundsätzliche Differenzierung der Rechte und der Souveränitäten gegründet. Was nach dem Wortlaut des Vertrags von Versailles als Übergangsstadium gedacht war, das war zu einem Dauerzustand geworden. Was die Völkerbundsakte allen im Völkerbunde vereinigten Mächten ausdrücklich zusprach, nämlich die Gewährleistung ihrer Sicherheit auf Grund einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung unter Berücksichtigung der besonderen geographischen Verhältnisse jedes einzelnen Landes, das war toter Buchstabe geblieben. Die Diskriminierung Deutschlands hatte keine Abschwächung erfahren. Die Ungleichheit der Rechte war allen Prinzipien zum Trotz und ungeachtet aller Versprechungen und Zusicherungen als Grundfeste einer neuzuführenden Ordnung beibehalten worden. Das war's, was die Abrüstungskonferenz mit Unfruchtbarkeit schlug. Dieses widernatürliche Rechtsverhalten hatte ganz Europa in eine Schütterzone verwandelt, die nicht zur Ruhe gebracht werden konnte, weil der zerklüftete Baugrund die ihm auferlegte Last nicht trug.

Es ist nötig, das an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang noch einmal klar herauszustellen, damit die Schuld am Stocken der Verhandlungen und der nun im Frühling 1933 drohenden Kriegsgefahr nicht einseitig bei der deutschen Konferenzpolitik gesucht werde. Diese war nicht von der Linie abgewichen, die sie seit der Aufnahme der Verhandlungen verfolgte. Sie hatte von Anfang an zu erkennen gegeben, daß der Abrüstungsstand Deutschlands an das Versprechen der Abrüstung der Vertragsmächte geknüpft sei, und den Anspruch auf eine Wiederbewaffnung Deutschlands erst angemeldet, als klar wurde, daß Frankreich nicht daran dachte, seine eigene Rüstung und die seiner Verbündeten in ein erträgliches Verhältnis zu der Abrüstung Deutschlands zu bringen.

Frankreich hat die Verhandlungen immer im Stil einer großartigen diplomatischen Auseinandersetzung geführt. Es wollte seine Politik durch sie nicht bestimmen, sondern sanktionieren lassen. Diese Politik zielte nach wie vor auf die Auskreisung Deutschlands und unterordnete diesem Prinzip alle anderen Gesichtspunkte. Sogar der französisch-italienische Gegensatz wurde diesem Prinzip dienstbar gemacht.

Am 9. Mai erklärte der französische Minister des Außern Paul-Boncour vor dem Senat ausdrücklich, daß es zwischen Frankreich und Italien nichts Trennendes gebe. Es kam ihm in diesem kritischen Augenblick darauf an, Mussolinis Vorschlag eines Vierer-Paktes in die französische Völkerbundspolitik einzubeziehen und die österreichische Frage in einen engeren Zusammenhang mit den französischen Machtinteressen im Donauraum zu bringen. Er scheute auch nicht davor zurück, diese Wendung öffentlich zu begründen. Diese Begründung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie lautete dahin, daß Italien angesichts der revolutionären „Explosionen“, die in Deutschland stattfänden, im Kreise der Westmächte und Amerikas festgehalten werden müsse. Dann beglückwünschte der französische Staatsmann sein Land dazu, daß es auf der Abrüstungskonferenz gelungen sei, die deutsche Schutzpolizei als militärische Formation zu klassifizieren, und fügte beinahe in Form einer Apostrophe hinzu: „Wir werden zu Deutschland sagen, wenn ihr die Reichswehr beibehalten wollt, so haltet euch streng an den Vertrag von Ver-

failles." Das war die Antwort auf die Ablehnung, die der englisch-französische Vorschlag auf Vereinheitlichung der Heerestypen, also auf Abschaffung der Reichswehr zugunsten einer schwachen Miliztruppe bei der deutschen Regierung gefunden hatte. Dahinter stand eine Drohung. Diese ergab sich aus der leicht zu ziehenden Schlussfolgerung, daß Frankreich keine Verletzung des Vertrages dulden werde. Die deutsche Revolution aber bezeichnete Paul-Boncour unter Bezugnahme auf die Judenfrage als ein Phänomen, das einen Rückschritt um mehrere Jahrhunderte in sich schloffe.

Von diesen Äußerungen hatte nur die auf die Abrüstung bezugnehmende Gewicht. Sie bedrohte die deutsche Stellungnahme mit einem verhüllten, aber deutlich erkennbaren Anspruch auf Sanktionen, denen die Klassifizierung der „Schupo“ als einer militärischen Truppe den Weg bereitet hatte.

Nun konnte die deutsche Diplomatie nicht länger schweigen.

\*

Am 12. Mai nahm der Reichsminister des Außern den Handschuh auf. Neurath stellte sich auf den Boden grundsätzlicher Erörterungen und erklärte, daß die deutsche Forderung auf Durchführung der Gleichberechtigung, die durch die Abrüstung der anderen hergestellt werden müsse, am mangelnden Abrüstungswillen der hochgerüsteten Staaten gescheitert sei. Dann umschrieb er die dadurch entstandene Lage, indem er beifügte, daß, wie immer auch die Abrüstung nach Vereinigung und Annahme des zur Beratung stehenden englischen Planes ausfallen werde, diese, falls es überhaupt dazu komme, Rüstungsergänzungen von deutscher Seite nötig machten. „Kann man noch hoffen“, fragte der Minister, „daß die Flugwaffe oder auch nur die Bombenflugzeuge künftig allgemein verboten oder die bestehenden Luftflotten beseitigt werden?“ und antwortete: „Sicherlich nicht.“ Da Deutschland keine Luftwaffe besaß, ergab sich die daraus zu ziehende Schlussfolgerung von selbst. Ebenso lauteten Frage und Antwort in bezug auf das Geschützkaliber, das man in Versailles für Deutschland auf 15 Zentimeter festgesetzt hatte, also ein Höchstmaß, das die Mächte, falls sie sich zur Ab-

rüstung bequerten, sicherlich nicht als genügend anerkennen würden. Deutschland wäre also auch in diesem Falle benachteiligt geblieben, wenn es sich dabei beruhigt hätte.

Diese Erklärungen führten die Erörterung von den Tagesfragen weg und zu dem von den Gegnern scheu gemiedenen Brennpunkt des ganzen Problems zurück. Sie enthielten nichts Herausforderndes, es sei denn, man betrachte die ihnen zugrunde liegende Forderung nach Gleichberechtigung als eine Provokation.

Aber sie fielen in eine Zeit, die mit Gefahren schwanger ging. Lord Cecil, dessen pazifistische Grundsätze auf der Chartre von Versailles und der Genfer Vormachtstellung Frankreichs ruhten, antwortete dem deutschen Minister im englischen Oberhaus von der Bank der Lords aus: „Lieber den Abbruch der Abrüstungskonferenz, als eine Aufrüstung des Reichs.“ Er verschob also die Grundlage der Erörterung, indem er die relative Aufrüstung des abgerüsteten Reiches, die der relativen Aufrüstung der hochgerüsteten Mächte entsprechen sollte, als absolute Aufrüstung bezeichnete, ohne sie zum Prinzip der Gleichberechtigung in Beziehung zu setzen. Noch weiter ging der englische Kriegsminister Lord Hailsam, der gerade heraus, wenn auch lediglich für seine Person, erklärte, daß jeder Versuch einer Aufrüstung Deutschlands, also jede Verletzung der im Vertrag von Versailles festgestellten militärischen Bestimmungen, die Anwendung der im Vertrage vorgesehenen Sanktionen nach sich zöge.

Da beide Redner die von Frankreich in Genf geforderten zusätzlichen Sicherheitsgarantien als berechtigt anerkannten und Lord Cecil überdies erklärte, Frankreich habe angesichts der in den letzten Monaten erfolgten deutschen Herausforderungen außerordentliche Kaltblütigkeit und Weitherzigkeit bewiesen, war an der Bedrohlichkeit der Lage nicht zu zweifeln. Ramen doch diese Äußerungen einer an Frankreich gerichteten Aufmunterung zur Vorbereitung militärischer Sanktionen nahe.

Wie Frankreich sich selbst dazu verhielt und wie eng sich Frankreichs und Englands Politik in diesen Tagen berührten, wurde deutlich, als Frankreich in den ersten Maitagen zu militärischen Maßnahmen überging. Die französischen Grenzbefestigungen, die schon

im Laufe des Winters mit verstärkten Besatzungen belegt worden waren, wurden alarmiert, die großen Lager in Lothringen, der Aufmarschzone der Rheinarmee, in Bereitschaft gesetzt und zwischen Belfort, Mülhausen und St. Ludwig in der Dreiländerecke eine Probemobilmachung durchgeführt, zu der der Chef des Großen Generalstabes, General Weygand, selbst erschien. Die Rheinbrücken und das große Rembser Stauwerk, von dem man die Hafentkrenzfähnchen der Hitlerjungen aus den grünenden Weidenbüschen winken sah, wurden unter Bewachung gestellt, die marokkanischen und senegalesischen Regimenter im Mörchinger Lager witterten Morgenluft. Im Zusammenhalt mit den Erklärungen Paul-Boncour, Lord Cecil und Lord Sailsbams erschienen diese Maßnahmen als eine militärische Bereitstellung, die das von seiner revolutionären Erneuerung erfüllte Deutschland und die Regierung Hitler unmittelbar bedrohten. Unruhe lief durch die Grenzgebiete und fand auch in der Schweiz einen Widerhall. Aus Bern und Genf, wo die Abrüstungskonferenz völlig festgefahren lag, flogen Warnungen nach Berlin.

Da entschloß sich der Reichskanzler, in rascher Erfassung des Augenblicks, zu einer großen Kundgebung vor versammeltem Reichstag. Es war Hitlers erstes Hervortreten in der äußeren Politik. Nun mußte er sich vor der Welt als Staatsmann und Lenker des Reiches zeigen und bewähren. Es war zugleich die Probe auf Deutschlands Einigkeit.

\*

Das revolutionäre Deutschland befand sich im Mai 1933 in einer ähnlichen Lage wie das revolutionäre Frankreich im März 1792. Wie Deutschland sich und die Errungenschaften der Revolution im Mai 1933 bedroht fühlte, so hatte Frankreich sich und seine Revolution im März 1792 bedroht gefühlt. Aber das Verhalten der beiden Mächte war in ähnlicher Lage grundverschieden. Die Girondisten, die im März 1792 die Macht an sich gerissen hatten, brauchten und wünschten den Krieg, um sich in der Macht zu befestigen und im blutigen Wettstreit der Parteien die Oberhand zu behalten. Sie begrüßten daher die Verwicklungen, die sich aus der Emigration und

den Verhandlungen mit Österreich und den Rheinfürsten ergaben, und entfesselten im April 1792 den Präventivkrieg, um sich von der Konkurrenz der Jakobiner zu befreien und die Unruhe nach außen abzulenken. Die Männer der Deutschen Revolution verhielten sich ganz anders.

Deutschland dachte im Mai 1933 nicht an Krieg. Es konnte nicht einmal daran denken, weil es beinahe völlig entwaffnet stand. Die Karabiner, die man am 6. März an die braunen Hundertschaften ausgeteilt hatte, um die Regierungsgewalt zu sichern, waren längst wieder abgeliefert worden. Nur die Hilfspolizei und Hitlers Standards, die kleine schwarze Elitetruppe, die im Innenhof der neuen Reichskanzlei ihre Posten setzte und den Führer vor jeder Bedrohung schützte, trugen noch Stahlhelm und Waffe. Die deutsche Revolution bedurfte aber auch keiner Ablenkung nach außen. Sie vollendete sich in sich selbst. Wer Deutschland der Erneuerung entgegenführen wollte, der brauchte den Frieden als Grundlage dieser inneren Erneuerung, nicht den Krieg. Es war nicht Deutschland, das an einen Präventivkrieg dachte, sondern wiederum Frankreich. Frankreich hat sich damals mit dem Gedanken an Sanktionen, also an einen bewaffneten Einmarsch in Deutschland getragen. Das lag in seiner Politik begründet, die von der Vorstellung nicht abließ, daß es sich mit allen Mitteln gegen Deutschland schützen müsse. Frankreich hat trotz seiner hohen Rüstung, seiner Bündnisse und Verträge seine Sicherheit bedroht gefühlt, obwohl Deutschland nichts anderes als Gleichberechtigung verlangte und den ihm zukommenden Platz unter den souveränen Staaten Europas. So verschieden lagen die Dinge, wenn man diesem historischen Vergleich nachgeht. Der Franzose, der seinem politischen Instinkt vertraut, denkt darüber anders.

\*

Als die Einberufung des Reichstags zur Entgegennahme einer Erklärung des Reichskanzlers erging, war sich alle Welt bewußt, daß die Spannung, die über Europa lagerte, durch diesen Vorgang entscheidend beeinflusst wurde. Wie ernst die Lage war, erfuhr sie aber schon am 16. Mai, dem Tage vor dem Zusammentritt des Reichs-

tags. Da wurde eine Botschaft bekannt, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Regierungen der an der Abrüstungskonferenz beteiligten und zur Weltwirtschaftskonferenz nach London eingeladenen Staaten gerichtet hatte. Roosevelt beschwor in diesem Manifest die Regierungen, die allgemeine Abrüstung durchzuführen und dadurch den Frieden zu sichern, um an die Stelle des obwaltenden Chaos eine neue Ordnung zu setzen. Der Amerikaner hatte Grund, so zu sprechen, denn sein Land war durch die Fehlleitung der Weltwirtschaft und den Zusammenbruch der Währungen in eine Krise gestürzt worden, die nicht mehr als natürliche Schrumpfung der künstlich in die Höhe getriebenen „prosperity“ bezeichnet werden konnte, sondern das Ende der Ära amerikanischer Expansion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ankündigte. Amerikas „Pionier“-Zeitalter ging mit dieser Krise zu Grabe. Der Schatten Japans stand hinter Roosevelts Manifest.

Die Friedensbotschaft aus Amerika bereitete Hitlers Erklärungen den Weg. Sie hatte aber auch die französische Regierung von der Notwendigkeit behutsamen Vorgehens überzeugt. Es wurde wieder ruhiger im Elsaß. Die gefahrdrohende Spannung erschien also schon etwas gemildert, als Hitler am 17. Mai vor den Reichstag trat. Da Roosevelts Appell aber nur dann Erfolg versprach, wenn der Präsident bereit war, die ganze wirtschaftliche und militärische Kraft seines Landes für die Lösung der von ihm den Mächten gestellten Aufgaben einzusetzen, und daran in diesem Augenblick nicht zu denken war, blieb die Lage noch ernst und bedrohlich genug. Die europäische Zusammenarbeit stand vor einer Zerreißprobe. Es war also eine Schicksalsstunde für alle Welt, als Adolf Hitler am 17. Mai vor versammeltem Reichstag das Wort ergriff.

Noch einmal saßen die Parteien im Ring, die am 23. März über das Ermächtigungsgesetz der nationalen Regierung abgestimmt hatten. Noch einmal stand diese Regierung vor dem Reichstag. Die Regierung war noch dieselbe, aber in den Reihen der Sozialdemokratie klappten große und in denen des Zentrums kleinere Lücken. Die in Schutzhaft genommenen oder in eine Untersuchung verwickelten Abgeordneten fehlten. Es handelte sich auch diesmal um eine Rundgebung, deren Verlauf im voraus feststand. Die Regierung hatte die

von Hitler abzugebende Erklärung den Parteien zugänglich gemacht und diese ihre Beschlüsse gefaßt. Dieser Ernst lag über der Versammlung, die Diplomatenloge war überfüllt. Göring leitete die Sitzung als Präsident des Reichstags mit dem Hinweis ein, daß es sich um eine Schicksalsfrage der Nation handele, zu der die Regierung sich zu äußern wünsche. Dann nahm der Kanzler das Wort.

Hitler spannte den Rahmen weit, um die großen Probleme, die alle Welt erregten und von deren Lösung die politische Befriedung und die wirtschaftliche Rettung Europas abhingen, von unten auf darzustellen. Er ging auf die Friedensverträge zurück und erklärte, daß die Ursache der Krise in den Mängeln dieser Verträge zu finden sei. Nicht der Volksredner, sondern der Staatsmann, nicht der Parteiführer, sondern der Staatslenker sprach. Er hatte noch nie so abgewogen, so ganz dem Gedankengang verhaftet gesprochen. Er hatte aber auch nie ruhiger und beherrschter auf der Tribüne gestanden.

Von den Friedensverträgen ausgehend, kam er zu der Revisionsbedürftigkeit dieser Verträge, die von den Vertragsherren selbst anerkannt worden sei, ohne daß die in den Vertragsinstrumenten angebrachte rechtliche Verankerung der Revision bis anhin an die Hand genommen worden wäre, und faßte dann die politischen, auf der Nationalidee ruhenden Probleme, die in diesen Verträgen keine Lösung gefunden hätten, an der Wurzel. Er sprach vom Durchbruch des nationalen Prinzips als eines neuen Ideals, das in den Verträgen keine Berücksichtigung gefunden habe, und fuhr fort:

„Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höheren Aufgaben für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip im höchstmöglichen Umfang gerecht wurde. Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr mußte damit eine große Reihe von künftigen Konfliktmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick in die Zukunft vielleicht für Sieger und Besiegte die Blutopfer des großen Krieges als doch nicht

ganz vergebliche hätte erscheinen lassen können, weil durch sie der Welt die Grundlagen für einen wirklichen Frieden gegeben worden wären.

Tatsächlich entschloß man sich aber teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Anlogik und ihrer Unbilligkeit tragen.“

Nach dieser grundsätzlichen Erörterung des national-politischen Problems wandte Hitler sich den ökonomischen Problemen zu und zeigte, daß auch diese in den Verträgen vergewaltigt worden seien, um dann den Reparationen und der Reparationspolitik den Prozeß zu machen. Deutschland vor allem sei das Opfer dieser Politik geworden. Scharf zugespitzt führte ihn diese Auseinandersetzung zu den Kernsätzen:

„Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann . . . Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechenkunst die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint. Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszusehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.“

Nachdem Hitler dies in Erinnerung gerufen und den Völkern in neuer Fassung nahegebracht hatte, begab er sich auf das Gebiet des Rechtslebens, um auch hier den Dingen an die Wurzeln zu greifen. Er erklärte, daß auch das internationale Rechtsempfinden durch die Friedensverträge verletzt worden sei, und wies nach, daß die Aufnahme der Schuldfrage in den Vertrag von Versailles, die von den Vertragsherren erhoben und aus ihrer Machtfülle beantwortet worden sei, die Grundlagen der internationalen Ordnung zerstört habe. Die Begriffe Sieger und Besiegte seien zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Wirtschaftsordnung gemacht und die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiter Klasse sei in einem Augenblick verkündet worden, in dem ein „Bund der Nationen“ aus der Tiefe gehoben werden sollte. Hitler gewann damit den Übergang zu dem brennendsten Problem, dem der Wehrlosmachung Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes und zu der

damit zusammenhängenden einseitigen Abrüstungskonferenz. Er stellte fest, daß die aus der erzwungenen einseitigen Abrüstung der Besiegten hervorgegangene Fehlentwicklung die Gefahren nicht vermindert, sondern lediglich zu einem Zustand geführt habe, der durch die von ihm ausgehenden Drohungen, Forderungen und Sanktionen gekennzeichnet werde, und erklärte:

„Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen.“ Hitler ließ auch keinen Zweifel darüber, daß er in der Vernachlässigung dieser Prinzipien die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung erblickte und betonte, daß eine vernünftige und endgültige Lösung der die Welt belastenden Probleme im Interesse aller liege.

An dieser Stelle ging eine große Bewegung durch den Reichstag. Die Diplomaten beugten sich vor, um die nächsten Sätze nicht nur genauer zu vernehmen, sondern auch dem Redner auf die Lippen zu sehen und sein Mienenspiel zu beobachten. Es war der kritische Augenblick. Er konnte über Krieg oder Frieden entscheiden, denn nach dieser Feststellung unbestreitbarer Tatsachen und der damit verknüpften Kritik des Völkerbundes und der von diesen getragenen Abrüstungskonferenz mußte der Kanzler nun zu Schlußfolgerungen kommen, die über Deutschlands Haltung und Absichten letzte Auskunft gaben.

Hitler war sich der Größe und Bedeutung dieses Augenblicks bewußt. Er hatte seine Argumente so gehäuft und gesteigert, daß es in seine Hand gegeben war, daraus eine Absage Deutschlands an die Mächte herzuleiten, die Deutschland die Gleichberechtigung nur auf dem Papier zugestanden, ihm aber deren Verwirklichung dauernd vorenthielten. War er der Babanque-Spieler, für den die Welt ihn immer noch hielt, dann konnte er jetzt die Drohungen Paul-Boncour's, Lord Cecil's und Hailsham's mit harter Münze zurückzahlen. Doch ruhig fuhr er fort:

„Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen. Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendeiner Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervor-

rufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. Neue Kriege, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen. Ein im kommunistischen Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabsehbaren Ausmaßen und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören. Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern."

Der Kanzler hatte das befreiende Wort gesprochen.

Diese Erklärung hat nicht über Krieg und Frieden entschieden, aber den Gewitterhimmel, der über Europa hing und schwer auf die Westgrenze des Reiches drückte, reingefegt. Das Wesentliche der Erklärung, die darin zum Ausdruck kommende Friedwilligkeit Deutschlands, durfte aber nicht aus dem Zusammenhang gelöst werden, in den Hitler sie gestellt hatte.

Es war keine Kapitulation, sondern eine Feststellung, die auf die Einsicht gegründet war, daß der Krieg kein Mittel zur Beseitigung des bestehenden unbilligen und unbefriedigenden Zustandes abgab. Nicht mehr aber auch nicht weniger. Die Reinigung der Atmosphäre wurde also nicht durch einen deutschen Verzicht herbeigeführt, sondern ergab sich lediglich aus der Beseitigung der falschen Vorstellungen, die sich die Welt von der Deutschen Revolution gemacht hatte; Vorstellungen, mit denen man sich gern beschäftigt und vertraut gemacht hatte, weil sie den nicht zur Abrüstung auf dem Fuße der Gleichberechtigung willigen Staaten erlaubt hatten, ihre haltende Politik zu begründen und gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Ob Krieg oder Frieden in Europa herrschen sollte, das blieb auch fürder noch die Frage, aber das große Ränkespiel der Diplomatie, das Probleme nur als Figuren benützt, statt sie zu lösen, war wieder einmal umgestoßen worden und das Brett gefegt.

\*

Der Reichskanzler, der Führer der nationalen Regierung, hätte seine Ansprache mit dieser Erklärung zu Ende bringen können, aber nun verlangte der Volkskanzler, der Führer der nationalsozialistischen Bewegung, das Wort. War's Überlegung, war's Eingebung, die Adolf Hitler in dieser ersten großen, der Welt zugewandten Rundgebung diese Zweiteilung finden ließ, die ihm erlaubte, das nationale und das nationalsozialistische Deutschland zu einer großen Einheit zusammenzufassen und die deutschen Forderungen als die des alten und des jungen Deutschlands auf einer höheren Stufe in Einklang zu bringen? Wir wissen es nicht, aber wir bekennen uns zu dem Urteil, daß erst durch die Wiederaufnahme der bereits vorgebrachten Motive und die daran sich knüpfende Ausmalung einer größeren Fernschau die volle Wirkung dieser Rede gesichert worden ist.

Hitler brachte die Bereitschaft der nationalen Regierung, eine unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern, zu der Deutschen Revolution in unmittelbare Beziehung, indem er erklärte, daß das auch der innere Sinn der Revolution gewesen sei. Die drei Gesichtspunkte, die diese Revolution beherrschten, widersprächen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt. Und er bestimmte diese drei Gesichtspunkte wie folgt:

„Erstens: Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Begriffs Eigentum als Grundlage unserer Kultur. Zweitens: Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee Arbeitsloser in die Produktion. Drittens: Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die das große deutsche Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht.“

Nach dieser programmatischen Erklärung bekundete Hitler namens der nationalen Erhebung, daß gerade das junge Deutschland von tiefstem Verständnis für die Gefühle, die Gesinnungen und die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker beseelt sei, und daß es, da es in grenzenloser Liebe und Treue an seinem eigenen Volkstum hänge, auch die nationalen Rechte der anderen Völker achte und mit

ihnen in Frieden und Freundschaft leben wolle. Dann schied er sich von jeder Germanisationspolitik und erklärte:

„Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlegte Behandlung der Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden. Allein dieses Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. Das Recht aber, eine Revision des Vertrags zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet.“

Der Kanzler kehrte also auf einer höheren Ebene zu der Revisionsbedürftigkeit der Verträge zurück, um nun von gesicherter Plattform aus dem Begriff „Sieger und Besiegte“ und dem Problem der allgemeinen Abrüstung zu Leibe zu gehen. Er erklärte:

„Das Elend der Welt wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen. Die tieffte Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die schlimmste Auswirkung findet diese Ordnung in der erzwungenen Wehrlosigkeit der einen Nation gegenüber den übersteigerten Rüstungen der anderen. Wenn Deutschland seit Jahren unentwegt die Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:

Erstens ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des

Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt worden ist und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung.

Zweitens, weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwicklung der Jahrhunderte? Das deutsche Volk wird bleiben genau wie das französische und, wie die geschichtliche Entwicklung lehrt, das polnische.

Was sind und was bedeuten Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsachen? Rein Staat kann mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, andern zu geben."

Der letzte Satz dieser Erklärung enthielt die deutsche Abrüstungspolitik in einer Nusschale. Hitler führte dann im einzelnen aus, in welchem Maß Deutschland abgerüstet habe, und wies jede Anzweiflung dieser Tatsache zurück, um danach über die Organisationen der SA, der SS und des Stahlhelms Auskunft zu geben. Er wies nach, daß sie zur Pflege des Kameradschafts- und Gemeinschaftsgedankens und zur Abwehr der kommunistischen Gefahr gegründet worden seien, und daß es nicht angehe, diese ausschließlich innenpolitischen Zwecken dienenden Organisationen der Wehrstärke des Reiches anzurechnen. Dann erhob er die Stimme zu einer Erklärung, in der zum erstenmal die Leidenschaft des an seinem Recht gekränkten und für Recht und Gerechtigkeit eintretenden Volks- und Staatsmannes vibrierte.

"Wenn man", rief er, "die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserven der anderen bewußt übersieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen be-

ginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß! Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Mittel."

Als Hitler diese Worte sprach, war er in seiner zur Einheit verschmolzenen Doppelrolle als Reichskanzler und Volksführer, aber auch ganz er selbst. Nun kam er zu den Ansprüchen Frankreichs auf Sicherheit, die nicht befriedigt werden konnten, weil sie sich nicht auf bestimmte Verhältnisse, sondern auf das unbestimmbare Verhältnis Frankreichs zu Deutschland bezogen. Enthielt doch die französische These, daß Deutschland die Gleichberechtigung erst zugestanden werden könne, wenn die Sicherheit Frankreichs gewährleistet sei, einen Totalitätsanspruch auf Sicherheit, der als solcher gar nicht befriedigt werden könnte, da er einseitig von Frankreich aus bestimmt würde. Geht man der Sache noch weiter nach, so ergibt sich, daß Deutschland dadurch zu einer ständigen, immer wieder nachzuprüfenden Unterlegenheit gegenüber Frankreich, also zu dauerndem Verzicht auf die ihm allein vorenthaltene Gleichberechtigung verurteilt wäre, ein Zustand, der nicht nur der politischen Vernunft, sondern auch allen biologischen Gesetzen widerspricht.

Adolf Hitler hat gegenüber der französischen Sicherheitsthese zwei Fragen erhoben, die das Problem auf die einfachste Formel bringen. Er stellte fest, daß Deutschland alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen habe, die ihm durch die Verträge auferlegt worden seien, und fragte dann, welches die konkreten Sicherungen seien, die von Deutschland noch übernommen werden könnten, und welche Sicherungen alldem gegenüber Deutschland habe. Habe doch Deutschland in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit mehr Berechtigung, Sicherheit zu verlangen, als die hochgerüsteten Staaten, die mit Frankreich durch Bündnisse verknüpft seien.

Der Kanzler ließ es aber bei der Aufwerfung dieser Frage, um beizufügen, daß Deutschland trotzdem bereit sei, weitere Sicherheitsverpflichtungen auf sich zu nehmen, wenn die anderen Nationen auch ihrerseits dazu bereit seien. Er kam also Frankreich wiederum entgegen, wich aber nicht von der grundsätzlichen Forderung der Gleichberechtigung ab. Hitler nahm dann auf den englischen Abrüstungsplan Macdonalds Bezug, der ebenso wie der Plan Herriots den

Typus einer kurzdienenden Armee milizartigen Charakters als allgemeinverbindlich bezeichnete, und forderte, daß die Umwandlung der Reichswehr in eine Milizarmee nicht zu einer Desorganisation führen dürfe, die Deutschland während dieser Umwandlung völlig wehrlos ließe. Deutschland sei jedoch bereit, eine Übergangszeit von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß dann die äußerliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Nationen erfolge. Deutschland sei auch ohne weiteres dazu bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn die gerüsteten Staaten diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums vernichteten und die Anwendung von Angriffswaffen durch ein internationales Abkommen verboten werde. Deutschland habe keinen anderen Wunsch als den, seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine Grenzen zu schützen. Die deutsche Regierung werde kein Waffenverbot ablehnen, das in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung finde. Unerbittlich aber bestand der Kanzler darauf, daß die politischen Formationen der SA und der SS nicht auf den Wehrstand des Reiches angerechnet werden dürften, erklärte sich aber bereit, diese einer Kontrolle zu unterstellen, wenn diese auch auf die anderen Staaten angewendet werde.

Diese Sätze ließen erkennen, daß Deutschland zu jedem Opfer bereit war, das von den anderen gebracht wurde. Die Forderung der Gleichberechtigung blieb also gewahrt, ohne daß damals schon ein autonomer Rüstungsstand verlangt worden wäre.

Nun eilte Hitler zum Schluß seiner Rede, die Wiederholungen nicht scheute, um die Sachlage völlig zu klären. Er begrüßte noch den Viermächtepakt Mussolinis, dem er rückhaltlos beipflichtete, dankte Roosevelt für seine Friedensbotschaft, erklärte hierzu Deutschlands Bereitschaft, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, freute sich der Möglichkeit, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse eintreten zu sehen, und kam erst ganz am Schluß auf die angedrohten Sanktionen zu sprechen, die den letzten Anstoß zu dieser Rundgebung der deutschen Regierung gegeben hatten.

So breit entfaltet die Staatsrede Hitlers sich vor dem Forum des Reichstags abrollte, ihre programmatische Bedeutung empfing sie

von dieser Stellungnahme zu den Sanktionen. Von hier aus geht die Entwicklung, die die europäische Politik seit dem Frühling des Jahres 1933 genommen hat. Die Ausführungen über die Abrüstungspolitik Deutschlands und die berechtigte Kritik, die Hitler an den Friedensverträgen geübt hatte, waren an den Augenblick geknüpft und vergänglich. Was er zu den Sanktionen sagte, das haftete nicht an der schon verblassten Drohung, die ihn auf die Tribüne geführt hatte, sondern stellte sich, ganz für sich abgesetzt, als eine Warnung dar, die in die Zukunft deutete. Die Methoden der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes wurden in diesen Sätzen unverblümt zu der Haltung in Beziehung gebracht, die Deutschland zu dem ganzen Fragenkomplex und den daraus sich ergebenden Konflikten einnahm und von der es nicht willens war zu weichen. Auf ihren Kern zurückgebracht, lauteten diese richtunggebenden Sätze folgendermaßen:

„Jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufzutroyieren zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzigen möglichen Konsequenzen zu ziehen. Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.“

\*

Man hat diese erste große staatsmännische Rede Adolf Hitlers schlechthin als Friedensrede bezeichnet. Das entsprach der Mentalität der beunruhigten Welt. Man wollte in dieser Rundgebung ein Beruhigungsmittel sehen, deshalb hat sie nicht nur beruhigend, sondern auch als eine auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Rundgebung gewirkt. Die Mächte, die sich durch die Androhung und teilweise sogar durch die Vorbereitung von Sanktionen so weit vorgewagt hatten, daß sie den Abgrund offen vor sich sahen, in den Europa jeden Augenblick gestürzt werden konnte, waren von

vornherein entschlossen, die Rede ruhig aufzunehmen und erklärten sich, da Hitlers Mäßigung allgemein überraschte, gern von ihr befriedigt.

Auch in Deutschland wurde der friedliche Charakter der Kundgebung, richtiger ausgedrückt die Friedwilligkeit Hitlers, anerkannt, aber man verhehlte sich nicht, daß die allgemeine politische Sachlage unverändert geblieben war. Nicht die Sache, sondern der Aspekt hatte eine Veränderung erfahren. Aber auch dieser blieb neuen Wandlungen unterworfen. Der Kanzler hatte sich bemüht, die aufziehenden Gewitter zu verteilen, aber kein Opfer gebracht, um diese Wirkung zu erzielen. Das war auch gar nicht nötig gewesen. Die Wolken waren ja schon im Abziehen. Aber an dem blankgefegten Himmel erschienen weder Sonne, noch Mond, noch Stern. Die Himmelslichter mußten erst neugesetzt werden. Das konnte nur geschehen, wenn man sich überall daran erinnerte, daß die Befriedung Europas keine Vermehrung der Reibungsflächen mehr ertrug und wenn in London und Paris die programmatischen Sätze, die Hitler gesprochen, für sich betrachtet und erwogen wurden, nicht aber wenn man sie als rethorische Floskeln behandelte und in der oratio pro domo aufgehen ließ, die als solche keiner Deutung bedurfte.

Die außenpolitische Lage Deutschlands, die durch die Revolution unzweifelhaft erschwert worden ist, hatte also durch die Rede keine Änderung erfahren, sie war nur näher bestimmt worden. Das war aber gerade das Wesentliche. Nun wußte man, wie es um Hitlers Grundsätzlichkeit bestellt war. Er hatte die äußere Politik nicht anders behandelt als die innere. Er wich auch in dieser nicht von den einmal gesteckten Zielen ab. Erklärte er, daß Deutschland auf dem Gebiete der Abrüstung zu jedem Opfer bereit sei, das die anderen zu bringen gedächten, erklärte er ferner, daß Deutschland an der Befriedung der Welt teilnehmen wolle, erklärte er endlich, daß Deutschland sich nicht aufdrängen werde, wenn man ihm die Mitarbeit als gleichberechtigte Nation nicht möglich mache und daß es gegebenenfalls die Folgerungen ziehen und aus der Abrüstungskonferenz scheiden und im äußersten Fall auch aus dem Völkerbund austreten werde, so war das alles wörtlich zu nehmen. Aber gerade das war man nicht gewohnt. Sowenig Hitlers Gegner im Innern imstande gewesen waren,

die Grundsätzlichkeit seines Handelns zu ermessen und ihre eigene Politik danach zu richten, ebensowenig vermochten die Mächte, die Deutschland in der äußeren Politik entgegentraten, diese grundsätzliche Härte des Kanzlers nach Gewicht einzuschätzen und ihr Handeln danach zu bestimmen. Wäre der kristallharte, aber auch kristallklare politische Charakter dieses Mannes rechtzeitig erkannt und richtig gewertet worden, so hätte es in der inneren deutschen wie in der internationalen Politik keine wie immer gearteten Überraschungen gegeben. Überraschend konnte bei Hitler nur die Zeitwahl und die Art der Ausführung eines Entschlusses wirken, nie der Entschluß selbst, denn der lag stets von ihm selbst vorgezeichnet.

Als Hitler am 17. Mai, vom Beifall umbraust und vom Deutschlandlied begleitet, die Tribüne des Reichstags verließ, ist dies zum erstenmal in der äußeren Politik in die Erscheinung getreten.

Der Reichskanzler hatte den Rückzug Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund in Aussicht gestellt, wenn das Reich nicht als gleichberechtigte Nation behandelt werde — damit mußte man von Tag und Stunde an rechnen. Das war der tiefere Sinn dieser Kundgebung.

\*

Der Friede ist Europa im Frühling des Jahres 1933 erhalten geblieben, und es war Hitlers Rede, die dazu das meiste beigetragen hat, aber ein Friedenszustand war es nicht. Die Isolierung Deutschlands war nicht aufgehoben worden. Revolutionen isolieren, das liegt in der Natur der Sache, denn sie heben den bestehenden Rechtszustand auf, bedienen sich der Gewalt und lenken zugleich die von ihnen ergriffenen Staaten auf sich selbst zurück. Die Deutsche Revolution war diesen Gesetzen um so mehr unterworfen, je nationaler sie sich gab. Nicht ihr Gehalt an sozialistischen Ideen, sondern das in ihr vor allem wirksame völkische Element setzte Deutschland von der Welt ab.

Doch diese Isolierung war zeitlich befristet. Das Auftreten Hitlers vor dem Reichstag hatte gezeigt, daß die Regierung volle Handlungsfreiheit besaß. Die Nation stand hinter ihr. Hitler konnte zwar

die Vorhand in der äußeren Politik nicht zur Geltung bringen, aber er war in der Lage, sich auf ein Spiel zu dritt oder viert einzurichten, sobald er dazu aufgefordert wurde. Hierzu bot Mussolinis Vorschlag, die Großmächte in einem Viererpakt zu vereinigen, die beste Gelegenheit. Mussolini hatte den Viererpakt nicht fallen lassen, so oft er auch umgearbeitet werden mußte, um allen zu genügen. Vielleicht sind die Großmächte gerade durch die Zuspitzung, die die allgemeine Lage im Mai erfahren hatte, veranlaßt worden, einen Pakt anzunehmen, der sie instand setzte, an einem kleineren Verhandlungstisch zusammenzukommen, wenn sich die Genfer Verhandlungen zerschlagen sollten. Dann stellte ein Pakt, der Deutschland, England, Frankreich, Italien unter sich verpflichtete und band, eine Rückversicherung dar, die bei richtiger Anwendung des Vertrags zum mindesten den Fortgang der Verhandlungen sicherte.

So wirkte die Einigung, die Ende Mai erzielt wurde, zugleich entlastend und ermutigend. Europa atmete auf. Der Pakt, der am 8. Juni 1933 in Rom paraphiert wurde, entsprach bei weitem nicht dem ersten Entwurf Mussolinis, aber er war der Unterzeichnung wert, denn er fiel in eine Zeit, die für jede Unterschrift dankbar war, und er stellte die verlorengegangene Verbindung zwischen den europäischen Großmächten wieder her. Wir haben an anderer Stelle von der großartigen Konzeption gesprochen, die diesen Pakt als einen Pakt der Westmächte erscheinen ließ, zu denen fortan auch Deutschland gezählt wurde, so daß der Okzident eine Erweiterung erfuhr. Hier sei nun das Gegenständliche schärfer hervorgehoben, damit wir den Vertrag von Deutschland aus betrachten können. Wie in allen Verträgen der Nachkriegszeit, so ist auch im Viererpakt Wichtigstes in der Präambel untergebracht. In dieser wird ausdrücklich festgestellt, daß der Pakt geschlossen wird, um in Europa das Vertrauen in den Frieden zu festigen, daß er auf den Vertrag von Locarno zurückgeht, und daß die Unterzeichner sich der Verpflichtungen bewußt sind, die sie durch die Völkerbundsatzung, die Verträge von Locarno und den Kelloggpaß übernommen haben. Es wird darin aber auch Bezug genommen auf die Erklärungen über die Nichtanwendung von Gewalt, die als Grundsatz am 11. Dezember 1932 auf der Abrüstungskonferenz verkündet und am 2. März 1933 von

der politischen Kommission der Konferenz bestätigt wurde. Es wurde also das ganze Pflichtenheft, das im Laufe der Jahre ausgefüllt worden war, in diesem Pakt aufs neue beschworen.

Der Vertrag selbst gliedert die getroffenen politischen Vereinbarungen in drei Artikel, deren Prägung die Tase des Löwen nicht mehr erkennen läßt, die aber doch noch von der Kraft seiner Gedanken zeugen. Im ersten Artikel wird erklärt, daß die Vertragsteilnehmer sich über alle Fragen, die sie angehen, ins Einvernehmen setzen werden und sich verpflichten, alle Anstrengungen zu machen, um im Rahmen des Völkerbundes zwischen allen Mächten eine Politik wirksamer Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens in Anwendung zu bringen. Auch der zweite Artikel nimmt ausdrücklich auf den Völkerbund Bezug. Die Vertragsteilnehmer beschließen darin in Ansehung der Völkerbundsatzung, im besonderen ihrer Artikel 10, 16 und 19, unter sich und unter Vorbehalt der nur durch die ordentlichen Organe des Bundes zu treffenden Entscheidungen alle Vorschläge hinsichtlich der Methoden und des Verfahrens zu prüfen, die geeignet sind, diesen Artikeln die gehörige Wirksamkeit zu verleihen. Der dritte Artikel verpflichtet die Vertragsteilnehmer, alle Anstrengungen zu machen, um den Erfolg der Abrüstungskonferenz sicherzustellen. Falls Fragen, die sie besonders betreffen, bei Beendigung der Konferenz offen geblieben sein sollten, behalten sie sich in Anwendung dieses Vertrages vor, deren Prüfung unter sich wieder aufzunehmen und ihre Lösung auf dem hierzu geeigneten Weg sicherzustellen.

\*

Diese Bestimmungen sind so formelhaft gehalten, daß man den Entwurf Mussolinis zu Rate ziehen muß, um ein schärferes Bild von den Absichten zu gewinnen, die diesem Vertrag zugrunde lagen.

Mussolini hat am 7. Juni 1933 vor dem italienischen Senat erklärt, daß die grundlegenden Prinzipien seines ersten Entwurfes in der endgültigen Fassung bewahrt worden seien. Man wird das ruhig zugeben können, aber die konkrete Fassung, die er selbst gewählt hatte, erscheint doch viel wesenhafter und enthielt etwas, was man in der endgültigen Fassung vergebens sucht: sie gibt offen einem europä-

ischen Baugedanken Ausdruck. Der Mussolinische Entwurf atmet Kraft und Fülle, er scheut nicht davor zurück, die vier Mächte zur Führung Europas aufzurufen und sie zu verpflichten, unter Verzicht auf jegliche Gewalt ihren Einfluß zur Befriedung Europas einzusetzen, und nennt jedes Problem mit Namen.

Mussolini hat den ersten Artikel des Entwurfs folgendermaßen abgefaßt:

„Die vier westlichen Mächte, Italien, Frankreich, Deutschland und England, verpflichten sich, untereinander eine wirksame politische Zusammenarbeit zu betreiben für die Erhaltung des Friedens im Sinne des Kellogg-Vertrages, des ‚No Force Pact‘, und im Bereich von Europa so zu handeln, daß auch da — wo es nötig ist — Dritte dazu bestimmt werden, eine solche Friedenspolitik zu befolgen.“

Hier werden also die Vertragsteilnehmer offiziell als die westlichen Mächte bezeichnet und ihnen die Verpflichtung auferlegt, für die Erhaltung des Friedens im Sinne der universal gedachten Verträge tätig zu sein, die von der Achtung des Krieges und der Nichtanwendung der Gewalt handeln. Es wird ihnen aber auch zugleich die Pflicht überbunden, im Bereich von Europa von ihrer Macht Gebrauch zu machen, um nötigenfalls auch außerhalb des Vertrages stehende Mächte zu bestimmen, eine solche Friedenspolitik zu befolgen. Das eiserne Gerüst tritt also ganz anders in Erscheinung als in der endgültigen Fassung.

Das kommt auch in der Mussolinischen Fassung des zweiten Artikels zum Ausdruck, wo das Prinzip der Revision der Friedensverträge ausdrücklich anerkannt wird, während in der endgültigen Fassung lediglich auf die betreffenden Artikel der Völkerbundsakte Bezug genommen wird, die der Auslegung viel bedürftiger sind, als ihrer Anwendung zuträglich ist. Auch im dritten Artikel des Mussolinischen Entwurfs begegnen wir der klaren Sprache des konstruktiv denkenden italienischen Staatsmannes, der hier das Prinzip der gleichen Rechte offen und in unmittelbarer Bezugnahme auf Deutschland und die ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands in den Vertrag eingefügt hatte.

Dieser Artikel lautete in Mussolinis Fassung:

„Italien, Frankreich und England erklären, daß, sofern die Ab-

rüstungskonferenz nur teilweise zu Ergebnissen führt, die Deutschland zuerkannte Gleichberechtigung eine wirksame Tragweite haben muß, und Deutschland verpflichtet sich, diese Gleichberechtigung schrittweise zu verwirklichen nach Übereinkommen, die sukzessive zwischen den vier Mächten auf dem normalen diplomatischen Wege einzuholen sind. Zu gleichen Übereinkommen verpflichten sich die vier Mächte betreffs der Gleichberechtigung Österreichs, Ungarns und Bulgariens.“

Mussolini hatte hier wahrlich ganze Arbeit gemacht. Was davon übrigblieb, genügt zwar, die Vertragsteilnehmer an den Verhandlungstisch zu bringen, falls sie den Vertrag anwenden wollen, das Prinzip der gleichen Rechte ist aber in einer Versenkung verschwunden, aus der es nur mit Hilfe aller wieder hervorgeholt werden könnte, und von der Verwirklichung der Gleichberechtigung, die Mussolini genau abgestuft und festgestellt hatte, ist vollends nicht mehr die Rede.

Die größte Veränderung hat sich der vierte Artikel des Vertrags gefallen lassen müssen, der nur noch von wirtschaftlichen Dingen handelt, im Entwurf aber einem politischen Gedanken Kraft und Ausdruck lieh und wiederum ausdrücklich auf das Prinzip der Gleichberechtigung Bezug nahm.

Noch Mussolini konnte sehr wohl der Ansicht sein, daß auch diese Abschwächung seines Entwurfs den Vertrag selbst nicht gegenstandslos machte. Gerade weil sein Entwurf so substantiell abgefaßt war, enthielt der Vertrag trotz der vorgenommenen Verallgemeinerungen, Verschleierungen und Abschwächungen noch so viel lebendige Fermente, daß sich die Unterzeichnung lohnte. Mussolini hat die ursprüngliche Fassung sicherlich nicht ohne Grund im Senat bekanntgegeben. Es war eine authentische Interpretation und eine Wiederverstärkung der abgeblästen Folie.

Verfolgt man, wie hier geschehen, die Entstehungsgeschichte des Paktes Mussolini, so kommt man zum Schluß, daß das Prinzip der ungleichen Rechte, das, in den Friedensverträgen zum Grundgesetz Europas erhoben, durch diese Verhandlungen tödlich getroffen worden ist. In diesem Zusammenhang betrachtet geht der Pakt auf nichts Beringeres als auf einen Neubau Europas aus. Das sei an dieser

Stelle und im Zusammenhang mit den Verwicklungen, die damals im Donauraum drohten, nachdem die Gefahr am Rhein kaum beschworen war, noch einmal in voller Klarheit herausgestellt. Wie dieser vom mediterranischen Machtkreis aus gestaltete und auf die Machtstellung und die kontinentalen Interessen Italiens bezogene Baugedanke sich auswirkte, das war eine ganz andere Frage.

Deutschland hat den Vertrag paraphiert, obwohl alle Verschleierungen und Abschwächungen erkennen ließen, daß Frankreich nicht daran dachte, sich Mussolinis Politik zu eigen zu machen. Aber Deutschland hatte als gehemmte und in ihrer Souveränität gekränkte Macht Grund, einen Vertrag zu unterzeichnen, der der Isolierung des neuen Deutschland entgegenwirkte und an sich jeder Diskriminierung widersprach. Die Unterzeichnung war in diesem Augenblick vom diplomatischen Standpunkt aus wichtiger als der Pakt selbst. Das Dritte Reich gab damit seine erste, international registrierte Unterschrift.

\*

Vier Tage nach der Paraphierung des Paktes trat in London die Weltwirtschaftskonferenz zusammen. Sie stand von erster Stunde an unter einem ungünstigen Stern, denn sie fiel in eine Zeit machtpolitischer Neubildungen und sollte auf wirtschaftlichem Gebiet eine Lawine zum Stillstand bringen, die noch in vollem Absturz begriffen war. Sie war ein Jahr zu spät einberufen worden, um das Chaos zu verhüten, und kam ein Jahr zu früh, um es zu entwirren. Sie hätte das Interesse der Welt nicht gefunden, wenn sie nicht von politischen Impulsen bewegt und als politische Tribüne benützt worden wäre. Der Zollwaffenstillstand, der für die Dauer der Konferenz verabredet wurde, hatte lediglich symbolische Bedeutung.

Als die Konferenz als erstem Redner dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß das Wort erteilte und dieser, von lautem, herausforderndem Beifall begrüßt, die Tribüne bestieg, war von vornherein klar, daß diese Begrüßung politischen Charakter hatte. Der Beifall galt dem autonomen Österreich und richtete sich gegen das nationalsozialistische Deutschland. Er wurde von den Vertretern

aller Mächte aufgenommen, die der Vereinigung Deutschlands und Österreichs und der Gleichschaltung Österreichs widerstrebten, und wurde von den Vertretern Frankreichs und der Kleinen Entente getragen. Er wiederholte sich, als Dollfuß am Schluß seiner Ansprache den Dank für die Österreich von den Mächten geleistete und noch zu leistende finanzielle Hilfe aussprach und mit dem bezeichnenden Zitat schloß: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Das war eine Anklage, über deren Sinn kein Zweifel bestehen konnte, es war aber auch eine Stellungnahme, die vor einem Forum erfolgte, das in diesem Streitfall nicht zuständig war.

Der deutsch-österreichische Konflikt ist durch diese Rundgebung in den Mittelpunkt der europäischen Politik gerückt worden. Er ist aus den Umständen erwachsen, die die Beziehungen Deutschlands und Österreichs beherrschten, seit in Deutschland der Nationalsozialismus zur Macht gekommen war. Die österreichische Frage wurde durch diesen Schachzug des Bundeskanzlers Dollfuß zu einer schlechthin europäischen Frage gestempelt. Das war sie bis anhin nur bedingt gewesen.

Österreich hatte im Staatenbild von Versailles keine andere Rolle zugewiesen erhalten als die, das Donaubecken und die mit ihm zusammenhängenden Alpenländer gegen die umwohnenden Staaten abzugrenzen und sein eigenes staatliches Dasein aus der Hand der Westmächte zu fristen. Die Unabhängigkeit ist also Österreich nicht zuerkannt, sondern sie ist ihm auferlegt worden. Österreich übernahm sie als Verpflichtung. Dieses eigentümliche Verhältnis hat Dollfuß im Juni 1933 erlaubt, die Sympathien aller dem Dritten Reiche und dessen völkischen Idealen abgeneigten Staaten anzurufen, um dadurch die Stellung seiner eigenen Regierung im innenpolitischen Kampf und gegenüber dem Nationalsozialismus zu stärken. Das ist ihm auch gelungen, aber über die Tragik, die mit dieser Politik verknüpft war, gibt diese Feststellung keine Auskunft. Sie ruht in der Gegensätzlichkeit dieser Politik zu der völkischen Aufgabe, die den Österreichern als Deutschen gestellt blieb.

Österreich, das als Objekt der europäischen Politik am Leben erhalten worden war, durfte sich von dieser völkischen Aufgabe nicht

abdrängen lassen. Konnte es diese nicht im Rahmen eines Großdeutschlands erfüllen, so mußte es auf die Aufrichtung eines Volksstaates Bedacht nehmen, ohne sich in einen Gegensatz zu dem aufkommenden Dritten Reiche drängen zu lassen. Erst als dieser Gegensatz sich geltend machte, ist Österreich zu einem Leidenszustand gekommen, der als solcher typisch ist für jede von der Nation abgedrängte Staatenbildung.

Nun wurde am Beispiel Österreichs klargestellt, daß das deutsche Volkstum nicht um einer Raumerweiterung willen, sondern aus der in ihm lebenden Fülle und Verbundenheit die Zusammenfassung der deutschen Nation erstrebte. Es lag nicht so sehr im Wesen des Nationalsozialismus als vielmehr in dem Auftrieb, den das deutsche Volkstum durch diesen empfing, daß nun auch in Österreich die nationalsozialistische Bewegung zur Machtergreifung drängte. Es war aber auch von vornherein klar, daß die in Deutschland in die Opposition verwiesenen Parteien nun in Österreich mit verkehrter Front zur Bekämpfung des Nationalsozialismus antreten mußten. Nationalsozialisten, Marxisten und Christlich-Soziale, die drei großen Gegenspieler, wurden in Österreich zum Austrag des Kampfes um die Herrschaft aufgerufen. Daß es dabei um die Unabhängigkeit Österreichs ging, soweit diese bestand und geduldet oder um der europäischen Machtverteilung willen von den Westmächten geschützt wurde, das war lediglich eine Folge des Zusammenbruches der Donaumonarchie und des in Versailles geschaffenen Zustandes. Österreichs Deutschtum stand außer Frage, aber die Ideologie eines neuen Österreichertums wurde erst in den nun sich entspinrenden Auseinandersetzungen geschaffen.

Es unterlag keinem Zweifel, daß diese Auseinandersetzungen einen Verlauf nehmen mußten, der den in Deutschland geprägten Gesetzen folgte. Sie begannen als Wettstreit der Parteien um die Vormacht im Staate und gingen auf die Überwindung der Parteien aus. Es lag ihnen also der Gedanke der Volksgemeinschaft zugrunde. Aber die Entwicklung war an die innere Stärke der einzelnen Parteien geknüpft, und diese entsprach keineswegs der der reichsdeutschen Parteien. Der Marxismus war radikaler und streitbarer als in Deutschland, und die Christlich-Soziale Partei, die zum Zentrum in

Vergleich gesetzt werden muß, erschien dank der Katholizität Österreichs als die vorherrschende; ihr trat in Österreich auch keine konservative Partei ablehnend gegenüber. Der Nationalsozialismus hatte also von vornherein einen schwierigeren Stand. Der Sieg Hitlers hat daran nichts geändert. Er hat aber in anderer Weise gewirkt. Hitlers Vorgehen gab das Beispiel ab, an dem die Österreicher sich orientierten. Die Regierung Dollfuß hat sich die deutsche Lehre ebenso zu Nutzen gemacht wie die Marxisten. So kam Dollfuß zur autoritären Regierung und der Aufrichtung eines dem Hakenkreuz entgegengesetzten, ihm aber wesensähnlichen Symbol und der Marxismus zu dem Entschluß, sich auf Leben und Tod zur Wehr zu setzen. Der Nationalsozialismus aber geriet ins Hintertreffen. Er hatte nicht wie in Deutschland die Rolle des ersten Kämpfers, sondern mußte und konnte sich für den Endkampf aufsparen, nachdem er nicht durch den Sieg Hitlers von selbst in den Sattel gehoben worden war. Dollfuß aber hatte vor Hitler, der seinen Kampf ganz auf sich und die von ihm geschaffene Partei gestellt führen mußte, die Gunst der Umstände voraus, die jedem klugen Opportunisten winkt. Er konnte die Abhängigkeit Österreichs von den Westmächten gegen den Nationalsozialismus ausspielen und zugleich dem Faschismus huldigen, er konnte den Klerikalismus und den Legitimus in seinen Dienst stellen, und er konnte den streitbaren Marxismus bekämpfen, ohne einen Rückenangriff der Nationalsozialisten fürchten zu müssen. Offen blieb nur die Frage, wen er zuletzt gegen sich hatte und wie sich der von ihm erträumte Ständestaat noch vom nationalsozialistischen Staat unterschied. Darüber kann erst die spätere Entwicklung Auskunft geben.

\*

Eine Tragödie hob an, als der Gegensatz Österreichs und der Regierung Dollfuß zu Deutschland und der Regierung Hitler im Frühling 1933 zu einem Zusammenprall führte. Vom Standpunkt der europäischen Politik aus war's ein mit Krieg drohender Konflikt, der nur deshalb nicht sofort zu einer europäischen Auseinandersetzung führte, weil alle in Frage kommenden Mächte den Krieg scheuten. Vom gesamtdeutschen Standpunkt aus aber war's eine

Tragödie, die nicht durch Proteste, Ausweisungen, Aus- und Einreiseerschwerungen und Grenzzwischenfälle bestimmt wurde, sondern sich in der dadurch hervorgerufenen ungeheuren Belastung der deutschen wie der österreichischen Politik offenbarte.

Die Belastung, die dem Deutschen Reiche dadurch entstand, wirkte sich auf dem Gebiet der äußeren Politik aus. Die Belastung Österreichs ging auf dem der inneren Politik vor sich; außenpolitisch zog Österreich, auf die Zielsetzung der Regierung Dollfuß hin betrachtet, Gewinn aus diesem Konflikt.

Als Dollfuß von London über Paris nach Wien zurückkehrte, brachte er neue Subsidienversprechungen und Sympathien mit, die nicht Österreich, sondern der Erhaltung Österreichs und der österreichischen Unabhängigkeit als wichtiger Komponenten des großen, vom Okzident beherrschten europäischen Kräftespiels galten. Dollfuß konnte dieser Sympathien gewiß sein, solange er imstande war, sich aus eigener Kraft zu behaupten.

Die Betrachtung des deutsch-österreichischen Konfliktes wird durch die Verflechtung der parteipolitischen Auseinandersetzungen mit den staatlichen Differenzen sehr erschwert. Da die staatlichen Differenzen aber letzten Endes auf die Inkongruenz der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland und Österreich zurückgingen, hatten sie nie eine andere als symptomatische Bedeutung. Es waren Erübungen, die an der Oberfläche hafteten. Die österreichische Frage konnte als solche dem europäischen Frieden erst gefährlich werden, wenn Österreich ins Chaos fiel und eine Intervention der außenstehenden Mächte Gestalt gewann.

Adolf Hitler hat sein Doppelmandat als Reichskanzler und Führer der Nationalsozialistischen Partei genau abgewogen, und es ist ihm gelungen, die Unterscheidung soweit aufrecht zu erhalten, daß er den Konflikt der Pflichten in der eigenen Brust austragen konnte, ohne aus der Bahn geschleudert zu werden. Er blieb gegenüber Dollfuß als Kanzler auf einer bestimmten Linie stehen und hat diese nicht überschritten. Die Beziehungen Deutschlands und Österreichs sind nicht völlig abgerissen, weil man sich in Berlin sagte, daß ein solcher Bruch das diplomatische Spiel zugunsten Frankreichs, Italiens und der Kleinen Entente neugestellt hätte.

Unterdessen befestigte sich der Nationalsozialismus in Deutschland in der Macht. Die Überwindung der Parteien war geglückt, und die Nationalsozialistische Partei befand sich im Besitz der Machtmittel, aber der Parteienkampf und der Kampf um den Staat waren noch nicht beendet. Der Parteienkampf mußte zuerst ausgetragen werden, denn der Kampf um den Staat konnte erst als vorläufig abgeschlossen gelten, wenn der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus erfüllt war.

In den letzten Junitagen entschloß sich Hitler zu handeln. Es war keine Zeit mehr zu verlieren. Die äußere Politik konnte nicht vom Fleck bewegt werden, solange dieser Kampf nicht zu Ende gebracht war. Hitler löste die Sozialdemokratische Partei und ihre Organisationen unter Anrufung der Verordnung zum Schutz von Staat und Volk vom 28. Februar auf, entzog ihr ihre Mandate, unterdrückte ihre Zeitungen und legte auf die ihr noch verbliebenen Gelder Beschlagnahme. Die in Prag niedergelassene Exekutive der deutschen Sozialdemokratie verlor dadurch ihre Stützpunkte im Reich. Es war ein Ende ohne Schrecken.

Aber nun ergab sich als weitere Konsequenz dieses Kampfes um die Sammlung aller bindungsfähigen Elemente ein Vorgehen gegen die noch bestehenden Kampforganisationen der Deutschnationalen Partei. Sie konnten, von Hitler aus gesehen, nicht länger geduldet werden, da sie seiner Aufsicht entzogen waren und als deutsch-nationale Kampfgruppen eigenen Gesetzen folgten, und wurden mit der Begründung aufgelöst, daß sie zahlreichen Überläufern aus dem marxistischen Lager Aufnahme gewährt hätten. Hitler erklärte auf der Führertagung der NSDAP, das Gesetz der Revolution sei noch nicht abgelaufen. Die Entwicklung müsse zur völligen Neugestaltung des deutschen Lebens führen, und Träger dieser neuen Weltanschauung sei der Nationalsozialismus. Wiederum erhob er keine neuen Ansprüche, wiederum handelte er aus der Intransigenz einer Lehre, die keine Abschwächung dulden konnte, weil sie auf die Erfassung des ganzen Volkstums ausging und den Staat als Mittel zum Zweck der Zusammenfassung des Volkes für sich allein fordern mußte. Goebbels formulierte diesen Anspruch klipp und klar, indem er in einer Rede ausführte, die nationalsozialistische Revolution

sei erst zu Ende, wenn die NSDAP den ganzen Staat besitze. Also durfte es keine andere Parteien und keine ihr nicht angehörenden Organisationen mehr geben, denn erst wenn die NSDAP allein noch übrig war, konnte auch sie, als zum Ganzen vorgezungen und zum Ganzen geworden, aufhören — ja, hörte sie von selbst auf — „Partei“ zu sein.

So kam denn der Tag, an dem Hugenberg sich vor den letzten Entschluß gestellt sah. Seine Stellung hatte sich ungeachtet der von ihm geleisteten Mitarbeit am Staate dauernd verschlechtert. Er war in London gewesen und hatte dort Deutschlands Ein- und Ausfuhrsorgen zu Gehör gebracht und dem Bedürfnis Deutschlands nach Kolonien Ausdruck gegeben und fand, als er zurückkehrte, kaum noch so viel Boden, seinen Fuß darauf zu setzen. Die gewaltsame Auflösung der deutsch-nationalen Kampf- und Jugendorganisationen forderte seinen Protest heraus. Er ging zu Hitler, aber der Kanzler erwiderte ihm, daß diese Maßregel in den Umständen begründet sei.

Als Hugenberg von dieser Unterredung in das stille Palais des kunstsinigen Prinzen Georg von Preußen zurückkehrte, in dem das preußische Landwirtschaftsministerium untergebracht war, wußte er, daß die Anwärter auf die von ihm verwalteten Ministerien schon bereitstanden. Er war von der Entwicklung überrannt worden, die Flut ging auch über ihn hinweg. Die Zeit der Reformen war vorbei, wagemutige Neugestalter verlangten, von der nationalsozialistischen Idee getragen, freie Bahn. Hugenberg erkannte auch, daß die deutsch-nationale Front dem Druck nicht länger standhalten konnte, der von innen und außen auf sie ausgeübt wurde.

Am Nachmittag des 27. Juni begab er sich zum Reichspräsidenten und reichte seine Entlassung ein. Die beiden Männer waren einander nie nähergekommen, aber in dieser Stunde wurden sie sich der Verbundenheit bewußt, die die preußische Tradition ihnen auferlegte. Hindenburg nahm das Gesuch entgegen und sparte den Bescheid auf. Am Abend gingen die Vertreter der Deutschnationalen Front zu Hitler und verhandelten über die Selbstauflösung der Partei und den Eintritt einer deutsch-nationalen Delegation in die Fraktionen der NSDAP. Sie wurden von Hitler ritterlich empfangen. Er wußte, daß diese Kapitulation die Zubilligung aller Ehren fordern

durfte, und er hat sie den Männern um Hugenberg nicht versagt. Wieder war ein Machtkampf ausgekämpft. Die Koalition war gegenstandslos geworden. Es gab keine konservative Partei mehr.

Nun stand nur noch das Zentrum aufrecht. Aber es war schon durch die Unterordnung der katholischen Jugendverbände unter den Befehl Baldur von Schirachs, des Reichsjugendführers der NSDAP, und die Auflösung der Christlichen Gewerkschaften getroffen worden und mußte sich nun von Goebbels sagen lassen, daß auch seine Zeit gekommen sei. Doch dieser Kampf wurde auf einer höheren Ebene ausgetragen. Die römisch-katholische Kirche nahm Stellung zu den Vorgängen im Reich und meldete ihre Ansprüche auf die Beaufsichtigung und Leitung der katholischen Jugend an. Da zeigte sich, daß der Gedanke eines Reichskonkordats, den Hitler schon im April erwogen, verwirklicht werden mußte, um die Interessen des Staates und der Kirche gegeneinander abzugrenzen. Gelang dies, so konnte die Selbstauflösung des Zentrums erfolgen, ohne daß ein Stachel zurückblieb. Es kam zu parallelen Handlungen auf parteipolitischem und kirchenpolitischem Gebiet. Während Papan in Rom mit Pacelli unterhandelte, löste das Zentrum sich auf. Die Bayerische Volkspartei und die halbvergessene Deutsche Volkspartei folgten nach.

Eine große nationale Kundgebung schlug über dem tragischen Hingang der alten Parteigebilde zusammen und ließ alle Gegensätze verstummen.

Am 29. Juni setzten die öffentlichen Gebäude in ganz Deutschland die Flaggen auf Halbmast. Zum erstenmal wurde der Abschluß des Vertrags von Versailles als Nationaltrauertag begangen. Riesige Menschenmengen strömten zu den nationalsozialistischen Kundgebungen zusammen, um gegen die Deutschland in Versailles auferlegte Schuld am Kriege und die daraus abgeleiteten Schuldverpflichtungen und Verkürzungen der Rechte Verwahrung einzulegen. Die Studentenschaft und die Hitlerjugend beteuerten feierlich, daß sie den Vertrag niemals anerkennen könnten. Wiederum trug die nationale Erhebung alle einem Ziele zu.

An diesem Tag war die Weltwirtschaftskonferenz schon so gut wie gescheitert, und um dieselbe Stunde beschloß die Abrüstungskonferenz,

die keinen Ausweg aus dem selbstgeschaffenen Labyrinth mehr wußte, sich auf den 16. Oktober zu vertagen. Zwei Tage später trat das deutsche Transferrmoratorium in Kraft. Es war, als müßte alles zusammenwirken, die vom Fluch dieses Vertrages geschlagene Welt aufzurütteln und den Gestaltwandel Deutschlands zu rechtfertigen.

\*

Adolf Hitler bildete sein Kabinett am 1. Juli um. Er hatte dem Reichspräsidenten vorgeschlagen, den Rücktritt Hugenberg's zu genehmigen und ihm zwei Nachfolger zu geben. Das Reichsministerium und das preußische Ministerium der Wirtschaft erhielt der Generaldirektor der „Allianz-Versicherungsgesellschaft“, Dr. Kurt Schmitt, dem Feder und Posse als Staatssekretäre beigegeben wurden, die Ministerien der Landwirtschaft im Reich und in Preußen erhielt der nationalsozialistische Bauernführer Walther Darré.

Hindenburg war nach Neudeck gefahren. Dort empfing er den Besuch des Kanzlers. Die innere und die äußere Lage des Reiches forderten dringend zur Berichterstattung heraus. Die Spannung war innen und außen aufs neue und zugleich aufs höchste gestiegen. Neue Krisen kündeten sich an, alte lebten wieder auf. Alles war in Bewegung geraten. Die Deutsche Revolution hatte den letzten Höhepunkt erreicht, den sie als gewaltsame Umwälzung im ersten Aufschwung erklimmen konnte, ohne sich zu überschlagen. Wenn sie sich nicht setzte und zur gesetzgeberischen Tätigkeit großen Stils überging, um sich in einer gemessener schreitenden Evolution zu vollenden und alle Kräfte der Nation zur Mitarbeit heranzuziehen, lief sie Gefahr, statt des überwundenen ein neues Chaos heraufzubeschwören. Es war ihre kritische Stunde.

Hitler hatte sie kommen sehen. Er fühlte sich noch von den Ereignissen getragen, aber überraschen ließ er sich nicht. Alfred Rosenberg, der Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, hatte schon acht Tage vor den Neudecker Besprechungen Veranlassung genommen, die Weltöffentlichkeit auf diese Stunde vorzubereiten. Er war als der am stärksten in der Rassenideologie des Nationalsozialismus verankerte Mitarbeiter Hitlers berufen, sich über die

Spannungen zu äußern, die sich aus der Durchführung des nationalsozialistischen Programms ergeben hatten. Er lud daher die Vertreter der ausländischen Presse zu sich, um das Programm gegen Mißdeutungen zu verteidigen und die Zukunft zu deuten. Ausgehend von einer Kritik der liberalkapitalistischen Ära, die den Marxismus und einen falsch verstandenen Pazifismus entbunden habe, kam er zu einer Darlegung der nationalsozialistischen Weltanschauung und erklärte, daß der Nationalsozialismus den Eigentumsbegriff nicht leugne, aber die Verbundenheit aller Volksteile lehre und im ständischen Aufbau des Staates den Sozialismus des 20. Jahrhunderts verwirkliche. Der vom Nationalsozialismus verfochtene Grundsatz der Volksverbundenheit und der Verbundenheit des Volkes durch Blut und Boden widerstreite dem Klassenkampf und gewährleiste den Schutz und die Pflege der Rasse. Daraus folge von selbst, daß diese Lehre die Anerkennung echter Wesensart anderer Völker und Rassen enthalte. Deshalb lehne Hitler auch, wie er am 17. Mai vor dem Reichstag bekundet, jede Germanisationspolitik ab, deshalb dürfe Deutschland aber auch fordern, daß das Ausland sich nicht in die deutschen Verhältnisse einmische. Die deutsche Revolution werde sich in sich selbst vollenden.

Es gebe für Europa nur noch zwei Möglichkeiten: entweder behaupte sich die Regierung Hitler und mit ihr Deutschland oder über Mitteleuropa breche ein Chaos herein, in dem alles versinke.

Das war, aus der nationalsozialistischen Sphäre betrachtet, aber auch vom europäischen Standpunkt aus nachgeprüft, die richtige Kennzeichnung der Lage.

Die Deutsche Revolution war sich also des kritischen Augenblicks, der ihr außen wie innen um die Juniwende des Jahres 1933 gesetzt war, wohl bewußt. Hätte sie diesen Augenblick nicht wahrgenommen, um die Errungenschaften der Sturmperiode zu sichern, indem sie sich zur Evolution bequeme, so wäre ihr und Europa die Sommer Sonnenwende gefährlich geworden.

Als Adolf Hitler von Neudeck schied, ließ er bei Hindenburg die Gewißheit zurück, daß nun im Inneren der große Aufbau beginne, ohne daß die Wirtschaft zerschlagen werde, und daß die äußere

Politik auf die Wahrung der Ehre und der Rechte des deutschen Volkes gerichtet blieb.

In welchem Maße diese Zielsetzung durch die Imponderabilien der Politik gesichert oder gefährdet wurde, das einzig ließ sich weder vorausbestimmen noch erahnen. Bismarck hat im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“ den Satz geprägt: „Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter den gegebenen Umständen tun werden.“ Das gilt auch in revolutionären Zeiten, aber die Schwierigkeiten der von Bismarck umschriebenen Aufgabe sind in solchen Zeiten auf das höchste gesteigert, denn die den Revolutionen innewohnende Dynamik ist unberechenbar, und Spiel und Gegenspiel sind nicht mehr an die überkommenen Regeln gebunden.

\*

In den ersten Julitagen kündigte sich eine fühlbare Entspannung der Lage im innerpolitischen Leben Deutschlands an. Sie ergab sich aus dem Willen zur Befriedung von selbst und fand den stärksten Ausdruck auf dem Gebiete der Kirchenpolitik. Die Stellungnahme des Nationalsozialismus zu den christlichen Kirchen war im Programm der NSDAP genau umschrieben. Es fordert die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen, und die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Volle Religions- und Gewissensfreiheit und besonderer Schutz der christlichen Glaubensbekenntnisse werden in der Auslegung des Programms ausdrücklich zugesagt. Es war aber vorauszu sehen, daß der zu einer Weltanschauung aufsteigende Nationalsozialismus als solcher das kirchliche Leben durchdringen werde, denn er ergreift ja den ganzen Menschen und formt ihn nach seinem Bilde. Ein so ergriffener Mensch wird daher von selbst zu einer Auseinandersetzung mit den in ihm liegenden eingeborenen und eingepflanzten religiösen Bindungen getrieben, und er wird zum mindesten Grenzen setzen müssen, um nicht in einen Zwiespalt gerissen zu werden,

der zu überbrücken leichter ist, als zu einer inneren Einheit zu gelangen. Im Grunde handelte es sich wieder einmal um die Auslegung des ewigen Wortes: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“

Wäre die Lehre vom nationalsozialistischen Staat nicht gewesen, deren umfassende Konzeption die völlige Eingliederung und Gleichschaltung aller öffentlichen Organe forderte, so hätte sich dieses jedem religiös gebundenen Menschen individuell gestellte Problem der öffentlichen Nachprüfung entzogen. Da der nationalsozialistische Staatsgedanke aber vor den Kirchen als staatlich anerkannten Organisationen nicht halt machte, sondern die Hand über sie streckte, war dieses Problem a priori ein staatliches und zugleich ein kirchliches, also auch einer Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Gewalten unterworfen. Daraus ergab sich von selbst ein Kulturkampf, der als vornehmste und sittlichste Verpflichtung erfaßt und als Gewissenskonflikt ausgetragen werden mußte.

Es ist noch zu früh, die Entwicklung dieser Probleme näher ins Auge zu fassen. Aber daß ihre Aufrollung nicht vermieden werden konnte, besagt nicht, daß keine Lösung gefunden werden könnte. Der Kampf an sich ist kein beklagenswerter Zustand. Auch er ist den Prinzipien, um die es sich handelt, eingeboren. Er wird nur ertönen, was nicht leben kann, und wieder aufrichten, was der Indifferenz verfallen war. Aber er wird als heroischer Kampf geistiger Observanz erst dann durchleuchtet werden können, wenn Flut, Stau und Rückstau sich soweit gesetzt hatten, daß die Tiefe wieder klar gespiegelt erscheint.

In diesem Kampf war der Protestantismus stärkeren Einflüssen ausgesetzt als der Katholizismus, denn er war nicht nur dem Staate, zumal in Preußen, enger verbunden, sondern wurde auch bei der Verteidigung der Heiligen Schrift als Glaubensquelle und bei der Verteidigung seiner synodal aufgebauten kirchlichen Organisationen inneren Kämpfen ausgesetzt, während der Katholizismus, der sich auf Schrift und Lehre als eine doppelte Offenbarung stützt und das Papalsystem der römischen Kirche hinter sich hat, seine ganze Kraft nach außen kehren konnte.

Um die Juniwende hatten die Kämpfe um die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche auf protestantischem

Boden schon so viel Verwirrung erzeugt, daß Hindenburg sich an den Reichskanzler wandte, um eine Befriedung herbeizuführen. Hitler übertrug darauf dem Reichsminister des Innern, Dr. Frick, die Aufgabe, den Frieden mit und in den protestantischen Landeskirchen wiederherzustellen und die angestrebte Einigung der verschiedenen Landeskirchen in die Wege zu leiten. Es war von vornherein klar, daß eine solche Einigung dem Führerprinzip Genüge tun mußte. Wie weit sich die Ausführung dieses Prinzips nach beiden Seiten auswirkte, das war, vom Staate aus gesehen, die entscheidende Frage.

Gegenüber der katholischen Kirche konnte und mußte der Staat anders verfahren. Hier war ihm der Gegenspieler von vornherein gesetzt. Der Abschluß eines Reichskonkordats mit dem Römischen Stuhl war daher das gegebene Mittel, zu einem vertraglich gesicherten Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu gelangen. Entstanden aus der Anwendung der in diesem Instrument niedergelegten Bestimmungen Schwierigkeiten und Konflikte, so war das spätere Sorge, die beide Teile auf sich nehmen mußten. Jedenfalls war die Herstellung eines vertraglich gesicherten Rechtszustandes erwünscht, weil dadurch das Machtverhältnis — und wäre es nur auf dem Papier — geregelt wurde.

Die Verhandlungen, die Papen mit Pacelli pflog, sind von beiden Seiten mit großer Gewandtheit und Beschleunigung geführt worden. Die Schwebelage, in der sich die katholischen Organisationen seit der Auflösung des Zentrums und der Aufrichtung der nationalsozialistischen Diktatur befanden, duldeten kein Zaudern. Die Reichsregierung und der Vatikan hatten ein Interesse daran, in diesem Augenblick so rasch wie möglich zu einem Abschluß zu kommen. Hitler setzte sich selbst für die Paraphierung ein und brachte die Opposition, die sich im preussischen Ministerium und im Reichskabinett gegen den Vertragsentwurf erhob, zum Verstummen. Er brauchte einen Erfolg, der sich zugleich innen und außen auswirkte und unausgesprochenenmaßen bekundete, daß die revolutionäre Phase der Bewegung ihr Ende erreicht hatte. Am 9. Juli wurde der Vertrag zwischen dem Reich und der Kurie paraphiert. Bis zuletzt war um die Bestimmung gekämpft worden, daß die katholischen Jugend-

verbände und die Gesellenvereine erhalten bleiben sollten. Man fand sich auf halbem Wege, indem bestimmt wurde, daß sie völlig entpolitisiert werden müßten, und behielt die genauen Bestimmungen vor. Der Papst hätte sein Plazet verweigert, wenn sie von vornherein der Auflösung verfallen wären.

Seit Kaiser Heinrich II. und Papst Kalixtus II. den Investiturstreit durch das Wormser Konkordat beendet hatten, also seit 811 Jahren, war kein Reichskonkordat mehr geschlossen worden, das grundgesetzliche Bestimmungen von der Bedeutung der im Römischen Konkordat niedergelegten enthalten hätte. Zum erstenmal wurden die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl und dem Klerus auf diesem Weg ins Klare gestellt. Im besonderen wird die Stellung der katholischen Kirche, ihrer Verbände, Bistümer und Kapitel, Orden und religiösen Genossenschaften zur Reichsgewalt geregelt und bestimmt, daß der Kirche grundsätzlich das freie Besetzungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der Gemeinden zukomme. Die Bekleidung eines geistlichen Amtes wird an die deutsche Staatsangehörigkeit und deutsche Studienausweise gebunden, die Bischöfe haben einen Treueid zu leisten, und die Bulle für die Ernennung von Erzbischöfen wird erst ausgefolgt, nachdem festgestellt worden ist, daß keine allgemeinen politischen Bedenken gegen die Person des Ernannten bestehen. Die katholischen Fakultäten bleiben erhalten, und die Kirche hat das Recht, zur Ausbildung des Klerus besondere philosophische und theologische Lehranstalten zu errichten. Der katholische Religionsunterricht an den Schulen wird sichergestellt, die Beibehaltung und die Neuerrichtung von katholischen Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. Katholische Organisationen und Verbände genießen, so sie ausschließlich religiösen, kulturellen und charitativen Zwecken dienen und der kirchlichen Behörde unterstellt sind, in ihren Einrichtungen und ihrer Tätigkeit staatlichen Schutz. Soweit diesen Verbänden auch soziale und berufsständische Aufgaben obliegen, sollen sie ebenfalls geschützt werden, sofern sie Gewähr dafür bieten, daß sie ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei entfalten. Die Feststellung, welche Verbände unter diese Bestimmung fallen,

bleibt einer Abmachung zwischen dem Reich und dem deutschen Episkopat vorbehalten. Von außerordentlicher Bedeutung ist der Artikel, der festsetzt, daß der Heilige Stuhl Bestimmungen erläßt, durch die den Geistlichen und Ordensleitern die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien untersagt wird. Dagegen verpflichtet die Reichsregierung auch den Klerus der nichtkatholischen Konfessionen sich den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen.

Das Konkordat ist, wie aus diesem Auszug hervorgeht, auf die Staatsidee des Dritten Reiches zugeschnitten. Die Kirche anerkennt die volle Oberhoheit der Staatsgewalt in staatspolitischen Dingen und gesteht dieser das Recht zu, politische Parteien zu dulden oder zu verbieten, wahrt aber das Prinzip der Rechtsgleichheit, indem sie auch für sich die politischen Rechte fordert, die den Angehörigen anderer Bekenntnisse zugestanden werden.

Die Zugeständnisse, die im Konkordat verbrieft worden sind, liegen nach beiden Seiten verteilt. Reichsregierung und Kirchenregiment sind auf ein Zusammengehen angewiesen, beide ziehen Vorteil daraus, indem die Rechte abgegrenzt werden, aber fraglich bleibt, in welchem Maße das Konkordat mit der *clausula rebus sic stantibus* rechnen muß, wenn die Verhältnisse sich wandeln.

\*

Der Abschluß des Konkordats ist von der Kurie und von der Regierung Hitler als Erfolg gebucht worden. Diesen Erfolg nachzuprüfen, bleibt der Zukunft vorbehalten. Auf die politischen Verhältnisse geprüft, war dieser Erfolg, vom Vatikan und dem politisch tätigen deutschen Katholizismus aus gesehen, in der Abwehr und zugleich in größter Bedrängnis heimgebracht worden. Die Zerschlagung des Parteienstaates und des mit ihm verknüpften parlamentarischen Systems hatte den Vatikan der katholischen Parteien als Schützer und Vertreter der Interessen der Kirche beraubt. Die Kurie hatte also kein anderes Mittel mehr, auf die Regierung zu wirken, als einen Vertrag mit ihr zu schließen. Sonst lief sie Gefahr, ganz ausgeschaltet zu werden und keinen Advokaten, keinen Vor-

kämpfer für die Verteidigung ihrer Ansprüche gegenüber dem absoluten Staat mehr zu finden.

Die Regierung Hitler aber brauchte den Erfolg, um die neugewonnene Machtstellung zu befestigen. Es war das erste Reichskonkordat, das seit der Aufrichtung des Bismarckschen Reiches geschlossen wurde, und der erste große diplomatische Erfolg der nationalsozialistischen Regierung. Nichts konnte der zweiten Phase der Revolution einen besseren Start sichern, als der Abschluß eines Vertrags mit der Weltmacht der Römisch-Katholischen Kirche.

Hitler hatte zwei supranational verankerte Mächte gegen sich, das Judentum und den Marxismus in beiderlei Gestalt, mit denen er nicht paktieren konnte, ohne sich in Widerspruch zu seinem ganzen Programm zu setzen. Nun war ihm eine vertragliche Regelung mit der dritten gelungen, von der ihn nichts trennte als der Totalitätsanspruch, der in diesem Falle zurückgestellt werden konnte. Das Konkordat befreite ihn, auf die nächste Zukunft hin gesehen, von der Gegnerschaft der Römisch-Katholischen Kirche. Das war in diesem Augenblick um so wichtiger, als Dollfuß, sein einziger deutschbürtiger Gegenspieler, soeben die Katholizität Österreichs als politisches Element geltend gemacht hatte, indem er erklärte, daß Österreich eine katholische Macht sei und bleibe und gleichzeitig dem Faschismus huldigte, um Mussolini als Protektor Österreichs für sich zu gewinnen.

Hitler hat den Augenblick sofort ausgenützt und eine Verfügung erlassen, durch die der Bedrängung aller katholischen Organisationen, die im Konkordat anerkannt worden waren, ein Ende gesetzt wurde. Er erklärte ausdrücklich, er sei glücklich in der Überzeugung, daß nun eine Epoche ihren Abschluß gefunden habe, in der nur zu oft religiöse und politische Interessen in eine scheinbar unlösliche Gegensätzlichkeit geraten seien. Der zwischen dem Reich und der Kurie geschlossene Vertrag werde auch auf diesem Gebiet der Wiederherstellung des Friedens dienen, dessen alle bedürften.

Wenige Tage später sandte Hitler ein Telegramm nach Neudeck, in dem er dem Reichspräsidenten meldete, daß das Verfassungswerk der deutschen evangelischen Kirche vollendet sei und daß alle Staatskommissare zurückgezogen würden, da der preussische Kirchenkonflikt

in einer für den Staat wie die Kirche befriedigenden Weise beigelegt worden sei.

Der Führer nahm auch in dieser Rundgebung bewußt die Unterfertigung des mit der Kurie abgeschlossenen Vertragswerkes und der den protestantischen Kirchen auferlegten Verfassung als Verwirklichung eines Friedenszustandes vorweg, der als solcher noch nicht geprüft worden war. Es ging ihm vor allem darum, die Friedwilligkeit der nationalsozialistischen Regierung zu bekräftigen. An einen Verzicht und an Friedensseligkeit hatte er nicht gedacht. Die im Gewissen verankerten kirchlichen Zweifelsfragen waren noch nicht gelöst und auf der anderen Seite die Bewegungskraft der nationalsozialistischen Staatsidee so groß, daß sie von selbst zu einer vollen Lösung drängte.

\*

Wir haben es hier nicht mit Einzelhandlungen zu tun. Adolf Hitler hat in diesen Tagen auf allen Gebieten einen Ausgleich gesucht, um die revolutionäre Phase der Bewegung scharf von der nun einsetzenden Evolution abzuheben und den Erschütterungen, denen das Reich innen und außen ausgeliefert war, vorab ein Ende zu machen.

Hierüber gibt vor allem die Ansprache Auskunft, die der Reichskanzler am 6. Juli vor den Reichsstatthaltern gehalten hat. Er wies auf die Bedeutung des geschichtlichen Vorganges hin, der sich in der endgültigen Beseitigung der politischen Parteien kristallisiert hatte, und erklärte, daß die letzten Überreste der Demokratie, im besonderen die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse in den Kommunen und in den wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen noch beseitigt werden müßten, um die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit zur Geltung zu bringen, daß aber der Erringung der äußeren Macht nun die innere Erziehung des Menschen folgen müsse. Er sagte wörtlich:

„Man darf erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung hat. Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution ist kein Dauerzustand. Man

muß den freigewordenen Strom in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten."

Hitler hat also den Einschnitt, den die Umstände gebieterisch forderten, von sich aus festgelegt und den Übergang von der Revolution zur Evolution als Willensakt vollzogen. Fragen, die in Neudeck ernst und aufrichtig erwogen worden waren, fanden dadurch eine theoretische Lösung. Hitler aber hat sich damit nicht beruhigt, sondern auch die Folgerung daraus gezogen. Er erklärte den Reichsstatthaltern, daß die Beseitigung der Parteien als eine totale anzusehen sei, und prägte mit Bezug auf seine eigene Partei den fundamentalen Satz:

"Die Partei ist jetzt der Staat geworden."

Auch in dieser Beziehung scheute er also weder Feststellungen noch Konsequenzen, lenkte er die Entwicklung, indem er sich von ihr tragen ließ, bestimmte er sie, indem er sie charakterisierte. Er glich dem Polarforscher, der gezwungen ist, sein Schiff durch die aufspringenden Wasserbahnen des Packeises zu führen, ohne einen bestimmten Weg innehalten zu können und Ablenkungen, Rückwendungen und Einfrierungen in Kauf nimmt, ohne sich von seiner Zielsetzung abbringen zu lassen.

Es ist nicht erlaubt, historische Vorgänge zu vergleichen, ohne sie genau voneinander abzuheben und zu differenzieren, aber hier drängt sich eine Reminiscenz auf, die keiner Differenzierung bedarf, da der Vergleich nur auf zwei ausdrücklich dem Zusammenhang entlohene Momente angewandt wird.

Als Napoleon Bonaparte am 18. Brumaire des Jahres VIII. das Äußerste gewagt und die Versammlung der Fünfhundert gesprengt hatte, um zunächst dem Konsulat den Weg zu bahnen, schrieb der preussische Gesandte Sandoz-Rollin unterm 13. November 1799 an das Berliner Kabinett: "Jede der früheren Regierungen hat Mißtrauen und Furcht eingeflößt. Diese hingegen — ich habe mich selbst davon überzeugt — hat die Geister aufgerichtet und die lebhaftesten Hoffnungen erweckt." Und der französische Historiker Barante, damals ein Jüngling von 17 Jahren, erzählt in seinen Erinnerungen, daß die neue Regierung vor allem von der Jugend freudig aufgenommen worden sei, "die nun eine schöne Zukunft vor sich sah". Eine wesensähnliche Stimmung — und nur hierauf sei

der Vergleich bezogen — herrschte im Juli 1933 im nationalsozialistisch gewordenen Deutschland. Das zweite Vergleichsmoment tritt uns aus der Erklärung entgegen, mit der Adolf Hitler den Abschluß der Revolution verkündete. Auch die Konsularregierung hatte ein Schlußzeichen gesetzt. „Bürger, die Revolution ist zu den Grundsätzen zurückgekehrt, von denen sie ihren Ausgang nahm: sie ist zu Ende“, rief sie in dem Manifest vom 15. Dezember 1799 den Parisern zu.

Hier wie dort bestand also der Wunsch, die Revolution als vollendet erscheinen zu lassen. Hier wie dort ist dieser Wunsch von einer autoritären Regierung nach der Befestigung in der Macht geäußert worden. Die Geschichte hat den Ausspruch der Konsularregierung vom Jahre 1799 nicht ratifiziert. Die Französische Revolution ist von Gestaltwandel zu Gestaltwandel fortgeschritten. Als der Wiener Kongreß zusammentrat, erklärte Talleyrand, ohne sich etwas zu vergeben, der Kongreß der europäischen Mächte habe die Aufgabe, die Revolution abzuschließen. Und auch da gelang es nur für kurze Zeit.

Hitler war vorsichtiger. Er hat die Fristen nicht selbstherrlich bestimmt, sondern sich begnügt, der Entwicklung die Bahn zu weisen. Er wußte, daß man das Ende einer Revolution zwar wünschen und darauf hinwirken kann, daß es aber keinem Dekret gehorcht. Ihm ging die Einflußnahme auf die Willensbildung über jede papierne Erklärung.

\*

Um die gewünschte und als notwendig erkannte Beruhigung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens sicherzustellen, erließ Friedl in diesen Tagen eine Verfügung an die Reichsstatthalter und die Regierungen der Länder, in welcher diese ersucht wurden, die Autorität des Staates von sich aus wahrzunehmen, von der Einsetzung von Kommissaren und Beauftragten abzusehen und die bereits geschaffenen Kommissariate abzubauen oder in den ordentlichen Staatsapparat einzuordnen. Dadurch wurde jeder Art von Nebenregierung, die als solche mit der Autorität des Totalstaates unvereinbar war,

das Leben abgesprochen und die nun im Totalstaat verkörperte Revolution legitimiert. Da es aber praktisch nicht möglich war, die NSDAP aufzulösen, ohne ihre Organisationen zu zerschlagen, wurde durch ein Gesetz bestimmt, daß es außer ihr keine politische Partei mehr geben dürfe, wurde ferner die Aufrechterhaltung oder Neubildung von Parteien verboten und unter Strafe gestellt und zugleich ein Gesetz über die Volksbefragung erlassen, um den Totalitätsanspruch der Partei im Volk zu verankern. Dieses Gesetz gab die Volksbefragung in die Hand der Regierung, die das Volk von sich aus befragen konnte, ob es einer von ihr beabsichtigten Maßnahme zustimme oder nicht. Dabei sollte die einfache Mehrheit entscheiden. Der nationalsozialistische Staat erhielt also eine „Grundfeste“ in Form des fakultativen Plebiszits, das der autoritären Regierung als solcher keinen Eintrag tat, sie aber zu dem Volksganzen in unmittelbare Beziehung brachte. Es ging nicht um ein Volksrecht, sondern um Volksverbundenheit. Die Deutsche Revolution setzte nicht Rechte, sondern Pflichten, nicht Freiheiten, sondern Bindungen. Es war die Revolution eines Volkes, dem man die äußere Freiheit genommen und die Gleichberechtigung vorenthalten hatte und das sich vom Kommunismus bedroht wußte.

#### Der nationalsozialistische Staat

Die Deutsche Revolution war auf eine Evolution zurückgebracht worden, der Wildstrom besann sich auf einen geregelten Lauf. Da Hitler das Volk aber erst ganz der von ihm vertretenen und vom Nationalsozialismus getragenen Staatsidee gewinnen mußte, blieb auch der Evolution das Kämpferische erhalten, das in der Revolution lebendig war. Der Nationalsozialismus wollte nicht nur herrschen, sondern auch den Staat völlig durchdringen. Der Anspruch der Totalität bezog sich auf die Gemeinschaft und das Individuum. Da der Nationalsozialismus sich als Weltanschauung offenbarte, entsprach das seinem Wesen durchaus. Der Nationalsozialismus hätte sich aufgegeben, wenn er den geringsten Verzicht ausgesprochen oder sich mit irgendeiner inneren Grenzsetzung beschieden hätte. Er konnte warten, Verzicht leisten konnte er nicht.